

Stenographisches Protokoll

25. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Freitag, 14. Juli 1995

Inhalt

Fragestunde (S. 1881)

Einstimmige Annahme auf Erweiterung der Tagesordnung (S. 1883)

Tagesordnung

Zurückziehung der TOP 1, 2 und 3 (S. 1883)

4. Ldtgs.Zl. 351-1/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe zum Initiativantrag gemäß § 17 Abs. 1 GO aller drei im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, F, ÖVP) betreffend die zusätzliche finanzielle Förderung des Tourismus In Kärnten bis 1999

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 1883, 1900)

Redner: Mitterer (S. 1887), Hinterleitner (S. 1889), Koschitz (S. 1890), Mag. Grasser (S. 1892), Dr. Strutz (S. 1895), Koncilia (S. 1896)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 1897)
Redner (Forts.): Mag. Trunk (S. 1897), Dr. Zernatto (S. 1898)

Einstimmige Annahme (S. 1901)

5. Ldtgs.Zl. 350-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Umweltpolitik und Gemeindepolitik zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem der Marktgemeinde Radenthein das Recht zur Führung der Bezeichnung "Stadtgemeinde" verliehen wird ./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Koschitz (S. 1901, 1904)

Redner: Dipl.-Ing. Gallo (S. 1901), Unterrieder (S. 1902), Mag. Herbrich (S. 1903)

Einstimmige Annahme (S. 1905)

6. Ldtgs.Zl. 320-2/27:

Bericht und Antrag des Land- und Forstwirtschaftsausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das

Feldschutzgesetz 1969 aufgehoben wird ./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Ramsbacher (S. 1905)

Redner: Schwager (S. 1906)

Ablehnung des Antrages auf Rückverweisung an den Ausschuß (S. 1906)

Annahme mit Mehrheit (S. 1906)

7. Ldtgs.Zl. 294-2/27:

Bericht und Antrag des Land- und Forstwirtschaftsausschusses betreffend das Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention von 1991 im Bereich der Berglandwirtschaft

Berichterstatter: Ramsbacher (S. 1907)

Einstimmige Annahme (S. 1908)

8. Ldtgs.Zl. 278-4/27:

Bericht und Antrag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Regierungsvorlage betreffend einen Superädifikats- und Wärmerversorgungsvertrag für die Landwirtschaftliche Fachschule Litzlhof

Berichterstatter: Dr. Hofer (S. 1908, 1910)

Redner: Dipl.-Ing. Gallo (S. 1909)

Einstimmige Annahme (S. 1910)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 353-1/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Dr. Hofer, Schiller, Unterrieder, Mag. Trunk, Dkfm. Scheucher, Stangl, Mag. Herbrich, Dipl.-Ing. Gallo und Mitterer betreffend den Protest gegen Atomversuche der französischen Regierung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schiller (S. 1911)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 1911), Mag. Herbrich (S. 1912)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1912)

Redner: Dr. Sickl (S. 1912)

Einstimmige Annahme (S. 1912)

2. Ldtgs.Zl. 117-4/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Strutz, Dipl.-Ing. Freunschlag, Schretter, Dr. Ambrozy, Wedenig, Unterrieder, Dkfm. Scheucher, Dr. Hofer und Mag. Grilc betreffend eine Abstimmungsspende des Bundes für das Jubiläumsjahr 1995

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schretter (S. 1913)

Zur Dringlichkeit: Dkfm. Scheucher (S. 1913), Schiller (S. 1913)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1914)

Einstimmige Annahme (S. 1914)

3. Ldtgs.Zl. 362-1/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend ein Assoziierungsabkommen mit Slowenien

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1914)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 1915)

Zuweisung: Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten (S. 1915)

4. Ldtgs.Zl. 316-2/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend Konsum - Liquidation

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Pfeifenberger (S. 1915)

Zur Dringlichkeit: Konzilia (S. 1916), Dr. Hofer (S. 1916)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 1917)

Zuweisung: Finanz- und Wirtschaftsausschuß (S. 1917)

5. Ldtgs.Zl. 359-2/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend eine objektive Postenvergabe im Amt der Kärntner Landesregierung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1917)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1918)

Ablehnung des Antrages (S. 1918)

B. Dringlichkeitsanfragen:

1. Ldtgs.Zl. 356-1/27:

Dringlichkeitsanfrage aller Abgeordneten des F-Klubs an Landeshauptmann Dr. Zernatto betreffend den Kommentar von Feliks J. Bister

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit und Behandlung (S. 1918)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1918)

Anfragebeantwortung durch Dr. Zernatto (S. 1919)

2. Ldtgs.Zl. 357-1/27:

Dringlichkeitsanfrage aller Abgeordneten des F-Klubs an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler betreffend die Zurverfügungstellung finanzieller Mittel an die ARGE Kärnten für Alternativveranstaltungen zum 10. Oktober 1995

Ablehnung der Dringlichkeit und Behandlung (S. 1919)

Übermittlung an das Regierungsmitglied (S. 1919)

3. Ldtgs.Zl. 359-1/27:

Dringlichkeitsanfrage aller Abgeordneten des F-Klubs an Landeshauptmann Dr. Zernatto betreffend Facharbeiter für Spezialprojekte der Landesamtsdirektion

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit und Behandlung (S. 1920)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1920)

Anfragebeantwortung durch Dr. Zernatto (S. 1920)

C. Anträge von Abgeordneten (S. 1921)

Beginn: Freitag, 14.7.1995, 11.05 Uhr

Ende: Freitag, 14.7.1995, 14.27 Uhr

Beginn der Sitzung: 11.05 Uhr

(Vors. 1. Präs. Unterrieder teilt um 11.00 Uhr mit, daß sich der Sitzungsbeginn um ungefähr 10 Minuten verzögern wird und ersucht um Verständnis.)

Vorsitz: Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**

Anwesend: 34 Abgeordnete

Entschuldigt: **Ing. Rohr, Wedenig**

Mitglieder des Bundesrates:
Dr. Harring, Ing. Eberhard, Mag. Bekavac-Ramsbacher

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser**, Landesrätin **Dr. Sickl**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Lutschounig**;

Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

Schriftführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder**
(SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir können doch etwas früher als angekündigt beginnen. Ich eröffne die 25. Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße die Damen und Herren Abgeordneten, die Regierungsmitglieder, die Bundesräte und Bundesrätin, die Presse und die Damen und Herren auf der Zuschauertribüne!

Wir kommen am Beginn der Sitzung zur Fragestunde.

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 237/M/27:

Anfrage des Zweiten Präsidenten Dipl.-Ing. Freunschlag an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Bitte, Herr Präsident!

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ihre Aussage anlässlich der Berufsschulenquete in diesem Hause, daß die Berufsschulstandorte Hermagor und Feldkirchen im Einvernehmen mit dem Herrn Landeshauptmann Zernatto aufgelassen werden sollen und das auch schon beschlossene Sache sei, hat in den Regionen draußen große Enttäuschung, aber auch Unverständnis bei den Schülern, Eltern, Lehrern und letztlich auch einen Protest der Wirtschaft in diesen betroffenen Gebieten hervorgerufen. Wir haben bei der Enquete gehört, daß die Schülerzahlen sinken, daß aber die Berufsschulen insgesamt von großer Bedeutung sind, sie vermehrt unser Augenmerk erfordern und auch die Berufsschulstandorte in den Regionen sehr wichtig sind. Trotzdem ist es so, daß wir beklagen, daß seit dem Jahre 1980 ein

dramatischer Rückgang an Schülerzahlen bei den Berufsschulen festzustellen ist und wir in Villach gleichzeitig einen sehr, sehr großen Neubau der Berufsschule vornehmen.

Ich frage Sie nun, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Welche Auswirkungen hat die Errichtung des Berufsschulneubaues in Villach auf die übrigen Berufsschulstandorte in Kärnten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Der Berufsschulstandort Villach war auch im seinerzeitigen Berufsschulkonzept von größeren Verschiebungen immer ausgenommen. Bei der Berufsschule Villach handelt es sich bei den Baumaßnahmen um eine Generalsanierung und um einen Zubau. Ursache für diesen Zubau sind auf der einen Seite Lehrplanänderungen und auf der anderen Seite die Berufsschulzeitausweitung - und nicht die Verschiebungen, die sonst in Kärnten stattfinden.

(1. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wieviel mehr Schüler als bisher werden durch diesen großen Neubau der Berufsschule in Villach aufgenommen werden können?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Das Raum- und Funktionsprogramm sieht keine Mehraufnahme von Schülern vor.

(2. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wie hoch werden die jährlichen Mehrkosten durch die Inbetriebnahme des gesamten Neubaus sein?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Es liegt mir jetzt bei meinen Unterlagen eine genaue Betriebskostenabschätzung nicht vor. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen das schriftlich zukommen zu lassen. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Bitteschön!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 1. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 238/M/27:

Anfrage der Abgeordneten Steinkellner an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete **Steinkellner** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Der Dobratsch ist der Schiberg der Villacher. Am Dobratsch veranstalten

auch die vielen, vielen Villacher Sportvereine ihre Schikurse und Schirennen. Die bestehenden Lifтанlagen sind aber in die Jahre gekommen und veraltet.

Um den Dobratsch als Schiberg für Villachs Bevölkerung, vor allem der Jugend zu erhalten, wäre es notwendig, die alten Schlepplifte durch moderne, zeitgemäße und auch umweltfreundlichere Kabinensesselbahnen zu ersetzen. Wie es nun aussieht, wird der Dobratsch aus dem Wintererschließungskonzept herausfallen und keine Förderung erhalten.

Daher meine Frage an Sie: Wie sehen Sie, als Finanzreferent, die Förderungsmöglichkeit für eine Qualitätsverbesserung der Aufstiegshilfen auf den Dobratsch im Wege einer regionsfördernden Sonderfinanzierung?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht nur anführen, daß dieses Thema möglicherweise ohnehin im Rahmen der heutigen Landtagssitzung mit dem Schwerpunkt "Tourismus" besprochen werden wird. Es ist, wie Sie ja wissen, im Rahmen einer Parteienvereinbarung, aber auch im Rahmen einer gemeinsamen Formulierung eines Antrages in der heutigen Tourismusausschußsitzung gelungen, für den Kärntner Tourismus für den Verlauf dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Zusatzvolumen auch für Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung zu stellen.

Es stimmt, daß im Rahmen des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds an einer Prioritätenreihung für Winterinfrastrukturen (sprich Aufstiegshilfen) gearbeitet wurde, die nunmehr auch die Grundlage für Entscheidungen im KWF bildet. Ich kann Ihnen jetzt keine verbindliche Aussage machen, zu welchen Überlegungen und letztlich Beschlüssen der KWF im Hinblick auf ein allfälliges Förderungsansuchen für Aufstiegshilfen am Dobratsch kommen wird. Mir ist zur Zeit nicht einmal bekannt, ob ein solches Ersuchen vorliegt. Ich bin aber sicher, daß vom KWF nach sehr klaren, nachvollziehbaren und transparenten Prioritätenreihungen vorgegangen werden wird, so daß es durchaus möglich er-

Dr. Zernatto

scheint, daß auch der Dobratsch in die Überlegungen miteinbezogen wird.

Nachdem es aber gerade was Villach anlangt eine etwas andere Situation als in anderen Kärntner Gemeinden gibt und vor allem hinsichtlich der Finanzgebarung der Stadt durch den Verkauf der KELAG-Anteile doch ein sehr großer möglicher Rahmen auch für Unterstützungen im Bereich von Wirtschaftsprojekten offensichtlich zur Verfügung steht, kann ich mir durchaus vorstellen, daß angesichts der Bedeutung - auf die Sie richtigerweise hingewiesen haben -, die der Schiberg Dobratsch für die Villacher Bevölkerung hat, von seiten der Stadt ein entsprechender Schwerpunkt gesetzt werden wird. *(Abg. Steinkellner: Dankeschön!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 3. Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 239/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Pistotnig an Landesrat Dr. Haller**

Nachdem Herr Landesrat Dr. Haller für die heutige Sitzung entschuldigt ist, darf ich Sie fragen, ob Sie die mündliche oder schriftliche Beantwortung wünschen? *(Abg. Pistotnig: In der nächsten Sitzung, mündlich!)*

Damit sind wir am Ende der Fragestunde. - Für die heutige Sitzung sind die Abgeordneten Dr. Großmann und Wedenig entschuldigt. Der Landtag ist beschlußfähig.

Geschätzte Damen und Herren! Wir kommen zur Tagesordnung.

Tagesordnung

Mir wurde in der Obmännerkonferenz mitgeteilt, daß die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 (die Dringlichkeitsanträge) zurückgezogen worden sind. Die Tagesordnung soll wie folgt erweitert werden: Tagesordnungspunkt 4, Ldtgs.Zl. 351-1/27; Tagesordnungspunkt 5, Ldtgs.Zl. 350-2/27; Tagesordnungspunkt 6, Ldtgs.Zl. 320-2/27; Tagesordnungspunkt 7, Ldtgs.Zl. 294-2/27 und Tagesordnungspunkt 8, Ldtgs.Zl. 278-4/27. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen! Hierfür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich! - Danke, damit ist die Tagesordnung so beschlossen. *(Eine Melodie ertönt im Saal.)* Wer hat denn sein Musikgerät mit? *(Das Handy-Telefon des abwesenden ORF-Kameramannes läßt minutenlang als Signal eine Melodie erklingen.)* Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 351-1/27:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe zum Initiativantrag gemäß § 17 Abs. 1 GO aller drei im Landtag vertretenen****Parteien (SPÖ, F, ÖVP) betreffend die zusätzliche finanzielle Förderung des Tourismus in Kärnten bis zum Jahre 1999**

Berichterstatter ist Herr Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag. Geschätzte Damen und Herren! Gemäß § 17 Abs. 2 Geschäftsordnung ist bei Initiativanträgen des Ausschusses darüber abzustimmen, ob unmittelbar in die zweite Lesung eingegangen werden kann. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Danke, das ist einstimmig so beschlossen! Es wird so vorgegangen.

Ich bitte den Berichterstatter, zu berichten!

Berichterstatter Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Das Tourismusgeschehen in Kärnten ist in den letzten Jahrzehnten von Höhen und Tiefen, von Bemühungen der Unternehmer, der Arbeitnehmer, aber auch der Politik geprägt, aus diesem Wirtschaftszweig für

Dipl.-Ing. Freunschlag

unser Land bestmöglich Kapital zu schlagen und am internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein. War es früher so, daß nach einem Wellental auch wieder ein Wellenberg in Sicht war, so weisen die Entwicklungen der letzten Jahre darauf hin, daß wir mit einer Umstrukturierung im Tourismusbereich zu rechnen haben. Jüngst hat ein Tourismusindikator des Wirtschaftsforschungsinstitutes in Wien dem Kärntner Tourismus bescheinigt, daß sowohl im Sommer als auch im Winter enorme Einnahmen- und Umsatzverluste zu verzeichnen wären. Während im Sommer 1991 noch Einnahmen von 18,3 Milliarden erzielt werden konnten, reduzierten sich diese bis zum Sommer 1994 auf nominell 16,7 Milliarden Schilling. Die Gründe dafür sind unter anderem relativ hohe Angebotspreise zufolge hoher Lohnnebenkosten und starker steuerlicher Belastung der Betriebe wie auch die starke Konkurrenz durch Billigfernreisen infolge von weichen Währungen wie der Lira, des Dollars und anderer sowie auch niedriger Flugpreise infolge starker Preiskämpfe.

Ich möchte dem Landtag mitteilen, daß ein Rückgang von einem Prozent an Nächtigung in Kärnten einen Umsatzverlust von mindestens 180 Millionen Schilling bedeutet. Direkt und indirekt gibt es in der Tourismuswirtschaft in Kärnten zirka 40.000 Beschäftigte. Ich möchte dazu festhalten, daß seit dem Jahre 1991 einige tausend Arbeitsplätze in diesem Bereich verloren gegangen sind. Es ist daher umgehend auch von der Politik dem erwarteten Rückgang im Kärntner Tourismus entgegenzusteuern.

Aus diesem Grunde haben die Freiheitlichen im Einvernehmen mit dem Tourismusreferenten das Ersuchen an den Präsidenten des Kärntner Landtages um Durchführung einer Sondersitzung des Landtages zum Thema Tourismus gestellt. Diesem Ansuchen wurde auch Rechnung getragen und am 15. Mai 1995 fand diese Sitzung in diesem Hohen Hause statt. Ziel dieser Landtagssitzung war es, eine sachliche Analyse betreffend die Tourismusentwicklung in unserem Lande zu ermöglichen und darüber hinaus entsprechend wirksame Maßnahmen zur Unterstützung der Tourismuswirtschaft zu beschließen.

Im Zuge dieser Sonderlandtagssitzung wurden seitens der Freiheitlichen zehn Anträge einge-

bracht. Drei Anträge erhielten die Dringlichkeit und wurden auch in der Folge im Hause beraten, wobei die Beratungen darüber unterbrochen wurden, da gleichzeitig auch ein einstimmiger Antrag gefaßt wurde, mit dem der Tourismusreferent aufgefordert wurde, umgehend ein entsprechendes Tourismuskonzept vorzulegen, um auf dessen Basis die Beratungen sinnvollerweise und auch effektiv fortsetzen zu können.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß jene drei Anträge, die im Landtag bereits in Beratung gezogen wurden und die nun mit der Beschlußfassung des heutigen Initiativantrages obsolet werden, sich mit diesen Themen befaßt haben. Der Herr Präsident hat bereits mitgeteilt, daß sie zurückgezogen wurden. Es war der Antrag auf Vorlage eines Tourismussonderprogrammes. Dieses sollte die Umsetzung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen im Tourismus bis zum Jahre 1999 ermöglichen, wobei dafür jährlich ein Betrag von zirka 200 Millionen Schilling erforderlich wäre.

Der zweite Antrag behandelte die Aufstockung des KTG-Budgets, denn wir haben festgestellt, daß in den letzten Jahren Nächtigungsrückgänge eingetreten sind. Als Ursache des generell zu beobachtenden Nachfrageeinbruches sind im besonderen die rückläufigen Nettoeinkommen in Westdeutschland bei steigendem Interesse an preisgünstigen Quartieren, die Weichwährungspolitik, wie ich schon berichtet habe, einiger wichtiger europäischer und überseeischer Destinationen sowie der Preisverfall bei Flugpauschalreisen zu nennen.

Bei der Nachfrageanalyse sind auch die Werbeaufwendungen zu betrachten, wobei für Kärnten von besonderer Bedeutung die Entwicklung der Werbeinvestitionen der einzelnen Branchen, insbesondere des Bereiches Verkehr und Tourismus ist, in dem seit 1987 bis 1993 jährlich nominell um etwas mehr als 12 % für die mediale Präsenz auf dem Markt ausgegeben wurde. Die Landesbeiträge der KTG hingegen stagnierten in etwa bei 65 Millionen Schilling pro Jahr. Laut einer Studie der Wirtschaftsuniversität Linz können unter der Voraussetzung eines optimalen Marketingmix durch die Kärntner Tourismusgesellschaft auf der Basis innovativer Tourismusangebote in Kärnten mit einem zusätzlichen

Dipl.-Ing. Freunschlag

Werbudget von 20 Millionen Schilling realistisch 1,3 Millionen zusätzliche Übernachtungen aus der Bundesrepublik erzielt werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Mittel für die KTG-Werbung aufgestockt werden sollten.

Der dritte Antrag, der unterbrochen und nun zurückgezogen wurde, behandelt die Förderung von überörtlichen Tourismusregionen. Dazu ist zu sagen, daß bereits im Sommerentwicklungskonzept 2000 für den Tourismus von der Wirtschaftskammer Kärnten im Rahmen der Expertenrunde "alle an einem Tisch" festgehalten wurde, daß die touristische Organisation in Kärnten derzeit durch eine fehlende Koordination zwischen den Gemeinden, den Regionen und dem Land geprägt ist, eine schlechte und mangelnde Durchsetzungsqualität gegeben ist, ein mangelnder Informationsfluß, keine optimale Arbeitsteilung, das Fehlen von Leitbildern auf Ortsebene bzw. regionaler Ebene, eine Verzettlung der Kompetenzen und Mehrgleisigkeiten vorliegen. Bis zu 70 % des Budgets werden derzeit in die Verwaltung von Tourismusbüros und Tourismuseinrichtungen in den Gemeinden investiert. Ein verstärkter Wettbewerbsdruck, geänderte Kundenbedürfnisse und neue Technologien mit unterschiedlichen Interessen vor Ort und mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung erfordern ein Umdenken in Richtung Konzentration der Mittel und Kräfte und deren effektiven und effizienten Einsatz am Markt. Eine Neuorganisation des Tourismusgeschehens in Kärnten ist unumgänglich, damit der Tourismus Kärntens insgesamt schlagkräftiger wird. Die angestrebte Organisationsform für den Kärntner Tourismus soll nach außen schlagkräftig sein und nach innen aber den einzelnen Orten bzw. den vorhandenen oder im Entstehen begriffenen Kleinregionen Möglichkeiten zur Alleinstellung im Konkurrenzmarkt geben.

Hohes Haus! Die weiteren Anträge aus der Sondersitzung behandelten die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere die Gleichstellung von kleineren und mittleren Betrieben betreffend die Förderung pro Arbeitsplatz mit den größeren und Großbetrieben.

Ein nächster Antrag hatte eine sogenannte Entschuldungsaktion für Tourismusbetriebe zum

Inhalt, denn wie Sie, meine Damen und Herren wissen, ist die Verschuldung des österreichischen Beherbergungs- und Gaststättenwesens im Jahre 1993 bereits auf eine Summe von 110 Milliarden Schilling angestiegen und hat sich weiter erhöht. Die Finanzsituation der österreichischen Tourismuswirtschaft ist durch eine ungenügende Eigenmittelausstattung und durch Verbindlichkeitsstrukturen gekennzeichnet, die in vielen Fällen gegen den steigenden Finanzierungsaufwand nicht abgesichert sind. Die Verschuldung allein der Kärntner Tourismusunternehmen wird auf etwa zwölf Milliarden Schilling geschätzt. Dies führt zu äußerst geringen Gewinnen und somit auch entsprechend geringen Eigenkapitalsquoten. Es gibt aber in Kärnten Leitbetriebe, die unbedingt auch eine solche Funktion weiter erfüllen müssen, daher war der Inhalt dieses Antrages, daß man solchen Betrieben auch in der Zukunft entsprechende Investitionen ermöglicht.

Der nächste Antrag handelte von Beteiligungen an der KTG. Dabei war es so, daß die Kärntner Tourismusgesellschaft im Jahre 1989 mit dem Ziel gegründet wurde, eine Neuorganisation und Verstärkung des Marketings zu sichern, das ursprünglich auch von der Fremdenverkehrsförderungsabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung wahrgenommen wurde.

Die Gesellschafter der KTG sind derzeit das Land mit 60 %, zwei Fachgruppen in der Sektion Tourismus der Wirtschaftskammer mit zusammen 30 % und die Arbeiterkammer mit 10 %. Von diesen Gesellschaftern leistet seit der Gründung nur das Land Kärnten direkte finanzielle Beiträge an die KTG. Die KTG war in den vergangenen Jahren immer wieder Zielscheibe auch heftiger öffentlicher Kritik und es gilt, die KTG von unten neu aufzubauen, um die Konzentration der Mittel auf die Einsatzmärkte zu schaffen. Wesentlich wird dabei sein, die Koordination, die Kooperation und die Mitverantwortung aller Tourismustreibenden in Kärnten sicherzustellen. Dies ist nur dann realistisch umsetzbar, wenn die bestehenden und die neu zu schaffenden Regionen sich als Gesellschafter an der KTG beteiligen können und entsprechende Aufsichtsrechte und -pflichten wahrnehmen.

Dipl.-Ing. Freunschlag

Dies war der Inhalt dieses Antrages, der im Ausschuß weiter behandelt werden wird.

Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der Vertretung in den Tourismusgesellschaften. Hier wird festgestellt, daß der Tourismusreferent in allen direkt mit dem Tourismus verbundenen Unternehmungen, an denen das Land Kärnten beteiligt ist, wie z. B. die KTG, das Kärntner Landesreisebüro und die Klagenfurter Flughafen-Betriebsgesellschaft, nicht vertreten ist. Dadurch gehen wertvolle Koordinations- und Kooperationsmöglichkeiten für den Kärntner Tourismus verloren. Der Antrag wollte sicherstellen, daß die Verantwortlichkeit eben zum Tourismusreferenten gegeben wird. Ich komme darauf dann noch zurück. Dieser Antrag wird durch den Initiativantrag hinfällig und wurde bereits im Ausschuß zurückgezogen.

Ein weiterer Antrag betrifft Infrastrukturprojekte auf regionaler Ebene. Dabei ist festzustellen, daß im Zuge der Beschlußfassung der Zielsetzungen des Sommerentwicklungskonzeptes 2000 die Kärntner Landesregierung auch schwere Mängel im Bereich der touristischen Infrastruktur in Kärnten sowohl im Sommer als auch im Winter zur Kenntnis nehmen mußte und mehr oder weniger ein Defizit im Bereich der touristischen Infrastrukturschwerpunktsprojekte gegeben ist. Auch die touristische Infrastruktur für den Winter ist im Hinblick auf einen anzustrebenden Ganzjahrestourismus zu verbessern. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen ist mit einem Finanzierungsaufwand von mindestens einer Milliarde Schilling zu rechnen. Mit der Umsetzung der im Sommerentwicklungskonzept 2000 genannten Maßnahmen ist umgehend zu beginnen, will Kärnten nicht weitere Rückschläge im Tourismus hinnehmen.

Im Antrag 9 wurde auf die Notwendigkeit eines Veranstaltungssponsorings hingewiesen. Es sollten Mittel mobilisiert werden, um ein internationales Veranstaltungsangebot in Kärnten zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, zum Schluß war noch ein Antrag eingebracht worden, welcher die Möglichkeit für Gastronomie- und Hotelleriebetriebe schaffen sollte, welche an Kanalnetze angeschlossen werden sollten und damit sehr

hohe Kosten zu tragen hätten. Es sollten, wie in den vergangenen Jahren schon einmal, entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Hohes Haus, ich darf berichten, daß in der Folge jener Auftrag an den Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser erteilt wurde, ein Tourismuskonzept vorzulegen. Er hat dieses Konzept termin- und fristgerecht vorgelegt. Seit der Landtagssitzung am 15. Mai haben drei Sitzungen des Tourismus- und Gewerbeausschusses stattgefunden und darüber hinaus hat es zwei Parteienverhandlungsrunden gegeben. Die drei Parteien im Kärntner Landtag und die entsprechenden Vertreter waren sich der ernstesten Situation, in welchem sich der Kärntner Tourismus befindet, voll bewußt und bestrebt, rasch zu wirksamen Entscheidungen zu kommen.

Das Ergebnis der Beratungen lautet folgend: Dem Tourismus in Kärnten werden bis zum Jahre 1999 insgesamt für Infrastrukturprojekte Mittel in der Höhe von rund 900 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, daß in diesen 900 Millionen 70 Millionen Schilling pro Jahr mehr Mittel für entsprechende Projekte zur Verfügung gestellt werden sollen. Der zweite Schwerpunkt der Ergebnisse ist, daß der KTG zur Verstärkung der bisherigen Aktivitäten im Marketing- und Verkaufsförderungsbereich in einem Nachtragsvoranschlag für 1995 5 Millionen und für die Jahre 1996 bis 1999 jeweils 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden sollen. Der nächste Punkt der Beratungen war, daß für Regionalisierungsmaßnahmen in einem Nachtragsvoranschlag für 1995 5 Millionen und für die folgenden Jahre 1996 bis 1999 je 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden sollen. Darüber hinaus wurde vereinbart, daß die Landesregierung auch einen Vorschlag betreffend Landeshaftungen im Rahmen von 50 Millionen Schilling jährlich bei der Unterstützung touristischer Leitbetriebe sowie touristischer Infrastrukturmaßnahmen unterbreiten möge.

Weiters, und das ist ein wesentlicher Punkt, der zwar nicht heute in die Beschlußfassung einbezogen wurde, würde eine gemeinsame Vorgangsweise in den Fragen des Tourismus vereinbart, denn aufgrund der schwierigen

Dipl.-Ing. Freunschlag

Situation des Kärntner Tourismus sollten die Fragen des Tourismus außerhalb des politischen Streitiges gestellt werden. Dies ist Punkt 1. des Parteienübereinkommens, der die Wichtigkeit des Tourismus noch einmal unterstreicht. Des weiteren wurde in diesen Parteienverhandlungen vereinbart, daß Herr Landesfinanzreferent und Landeshauptmann zusätzlich zur Vertretung der Interessen des Landes in den Generalversammlungen der Kärntner Tourismusgesellschaft und des Kärntner Reisebüros für die Dauer der Legislaturperiode den zuständigen Tourismusreferenten mit dieser Funktion des Eigentümerversetzers bevollmächtigt.

Darüber hinaus wurde noch vereinbart, daß diese Einigung in unmittelbarem Zusammenhang mit kommenden Budgets steht und auch die Bereitschaft aller Fraktionen an Konsolidierungsmaßnahmen des Budgets zur Schaffung der durch diese Regelung in Anspruch genommenen Spielraumes mitwirken wollen und auch mitwirken werden.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus, mit der Beschlußfassung dieses Initiativantrages im Kärntner Landtag wurde sechs freiheitlichen Anträgen entsprochen, welche hiemit im Haus und in den Ausschüssen zurückgezogen wurden. Die Grundlage des heutigen Initiativantrages ist die Vorlage des Tourismuskonzeptes, welches zum Teil mit diesem Initiativantrag in eine erste Phase der Umsetzung tritt. Ich möchte als Berichterstatter festhalten, daß ich die erfolgten Beratungen positiv bewerten möchte, daß alle Parteienvertreter großes Interesse am Zustandekommen eines Ergebnisses hatten und daß die heutige Sitzung und Beschlußfassung sicherlich als ein großer Erfolg für unser Land, aber insbesondere für die Tourismuswirtschaft, für die Unternehmer und für die Arbeitnehmer in der Tourismuswirtschaft anzusehen ist.

Ich möchte mich bei alle jenen bedanken, die am Zustandekommen dieses Initiativantrages mitgewirkt haben und ich ersuche, die Generaldebatte zu eröffnen. *(Beifall von der F-Fraktion. - LH Dr. Zernatto: Jetzt weißt du, wie gut deine Berichterstattung war! Applaus bekommt der Berichterstatter sonst nie!)*

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte.)

Abgeordneter **Mitterer** (F):

Aufgrund der schwierigen Situation des Kärntner Tourismus kommen die drei im Landtag vertretenen Parteien überein, der Tourismus wird aus der parteipolitischen Diskussion herausgehalten. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Dies ist der Punkt 1 eines Parteienübereinkommens, abgeschlossen am 13. Juli 1995, also gestern, und dieses Übereinkommen trägt die Unterschriften Zernatto, Ausserwinkler und Grasser. Eine Forderung, die ich eigentlich am 15. Mai hier vom Rednerpult aus in den Raum gestellt habe, wo ich meinte, daß in Sachen Umweltpolitik und im Bereich der Tourismuswirtschaft und Tourismuspolitik ferngehalten werden sollen von jedem politischen Streit. Der Tourismus hat in der Vergangenheit, jetzt und hoffentlich auch in Zukunft große Bedeutung für das Land Kärnten.

Der Berichterstatter hat ausführlich darauf hingewiesen, daß wir auch vom Tourismus unser Einkommen in Kärnten beziehen, daß in etwa bis zu ca. 40.000 Menschen in diesem Lande direkt oder indirekt vom Funktionieren des Tourismusses abhängig sind, 14.000 Winterarbeitsplätze, 24.000 Sommerarbeitsplätze, dazu 15.000 Unternehmer und auch jene Wirtschaft, die im Zulieferbereich und Investitionsbereich beschäftigt ist, macht diese Summe von etwa 40.000 aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Situation im Tourismus seit 1991 österreichweit, aber besonders in Kärnten, nicht besonders erfreulich war. Wir hatten Umsatz- und Nächtigungseinbußen zu verzeichnen. Letztlich hat auch das Frühjahr, die Umfragen und die Buchungssituation uns signalisiert, daß das Jahr 1995 auch nicht positiv abgeschlossen werden wird, daß nach einem schlechten Ergebnis 1994 ein weiteres Minus unter Umständen in zweistelliger Prozentzahl für das Jahr 1995 hinnehmen werden müssen. Dies hat uns auf den Plan gerufen, Entscheidungen zu treffen bzw. Maßnahmen zu setzen, um hier gegenzusteuern, damit nicht das eintritt, was der Berichterstatter gesagt hat. Nämlich jedes Prozentminus im Tourismus bedeutet auch 200 Millionen Schilling Umsatzverlust im Lande Kärnten alleine. Wir wissen, daß Gegenmaßnahmen nicht

Mitterer

alleine vom Kärntner Landtag gesetzt werden können oder von der Kärntner Landesregierung, sondern daß sie auf allen Ebenen stattzufinden haben, sowohl in betrieblicher Ebene als auch auf Ebene der Regionen, als auch auf Bundesebene. Ich werde auch diese Angelegenheit später mit ein paar Sätzen noch streifen. Aber auch das Land ist zuständig in einigen Bereichen.

Deshalb haben der Tourismusreferent und Mitglieder des Kärntner Landtages Anträge eingebracht und damals eine Sonderlandtagssitzung gefordert. Ich glaube, daß wir heute daran sind, diese Früchte auch zu ernten. Wir haben den Samen gesät am 15. Mai und wurden damals teils von den Medien und auch politischen Mitbewerber so hingestellt, als ob es uns nicht ehrlich wäre mit dieser Angelegenheit. (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Wir haben gleich gehandelt!*) Wir waren aber hartnäckig genug und haben feststellen können, daß hier in diesem Hause und in der Landesregierung verantwortungsbewußte Politiker aller Colours sind, die gesehen haben, daß man dem Tourismus helfen muß und haben die Wichtigkeit des Tourismus anerkannt. Ich bedanke mich deshalb auch beim Präsidenten des Kärntner Landtages, der heute, eigentlich eine Woche nach der sogenannten Sommerpause des Kärntner Landtages, diese Sitzung einberufen hat. (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Wir machen keine Sommerpause!*) Dies soll zeigen, daß der Politiker auch nicht vorher in die Sommerpause geht, bevor er nicht das Gefühl hat, daß es dem Tourismus in diesem Lande gut geht.

Es liegt ein konkretes Ergebnis vor, das in Ausschusssitzungen und Parteienverhandlungen ausgehandelt wurde. Fußend auf dem Konzept 2000, das in relativ schneller Zeit vom Tourismusreferenten Landeshauptmannstellvertreter Mag. Karl-Heinz Grasser vorgelegt wurde und in den einzelnen Punkten konkret wird und so der Tourismuswirtschaft, nicht nur im Bereich der Werbung, sondern auch im Bereich der Gestaltung der Infrastruktur, in die Lage versetzt wird, wesentliche Dinge zu verwirklichen. Alleine 800 Millionen bis zum Jahr 1999 sind hier für infrastrukturelle Maßnahmen vorgesehen plus 100 Millionen in diesem gleichen Zeitraum für die Ausweitung der

Werbemaßnahmen der KTG, aber auch in der Regionalisierung. Denn, uns ist allen klar, daß gerade, was den Verkauf anlangt, Schienen auf regionaler Ebene aufzubauen sind, die Geld kosten werden und dies ist in den Punkten 3. und 4. vereinbart und liegt in diesem Antrag vor.

Daß es uns zusätzlich noch gelungen ist, die Regierung aufzufordern, ein Konzept vorzulegen, wo das Eigenkapital der Betriebe gestärkt wird, wo wir Sicherungsmaßnahmen zu setzen haben, daß pro Jahr 50 Millionen Schilling vom Land bereitgestellt werden und das Land die Haftungen dafür übernimmt, ist ein weiterer Erfolg. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, zwar nicht im Antrag drin, aber vom Berichterstatter wurde aufgezählt, daß die Vertretung in den einzelnen Tourismusorganisationen in Zukunft vom Tourismusreferenten und nicht vom Landeshauptmann als Finanzreferent wahrzunehmen ist, auch dem wurde Rechnung getragen und ist dies ein weiterer Erfolg. Dies hat letztlich dazu geführt, daß von diesen 10 Anträgen, die eingebracht wurden, 6 einer Erledigung zugeführt wurden. (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Das ist ein Zeichen der guten Zusammenarbeit!*) Daß noch immer 4 in diesem Ausschuß verblieben sind, ist klar und es wird der Auftrag an uns sein, weiter daran zu arbeiten und dem wird sich noch ein fünfter hinzufügen. Nämlich der Antrag, daß versucht wird, ein Modell auszuarbeiten, daß die bisherigen drei touristischen Abgaben, nämlich Fremdenverkehrsabgabe, Ortstaxe und Nächtigungstaxe zusammengeführt werden in eine einheitliche Abgabe, wobei als Prämisse eine Aufkommensneutralität vorgegeben wird. D.h. keine Mehrbelastung, sondern eine Vereinfachung bei der Berechnung der Vorschreibungen für die Tourismuswirtschaft.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß hier Signale hinausgehen sollen an die Tourismuswirtschaft, daß im Lande Kärnten die Politik Verantwortung gezeigt hat. Es sollte das Modell Kärnten Vorbild sein österreichweit, denn ich habe gesagt, auch auf anderen Ebenen braucht die Tourismuswirtschaft Unterstützung, zum Beispiel auf der Bundesebene. Dort gibt es noch eine ganze Reihe von Maßnahmen zu setzen, die es erleichtern würde, für die Tourismuswirtschaft tätig zu werden, hin zu eigenkapi-

Mitterer

talbildenden Maßnahmen bis hin zur Abschaffung der Getränkesteuer, bis hin zu einigen Vereinfachungen in der Buchhaltung und zu den Arbeitsgesetzen. Ich glaube, daß diese Signale aufgrund des heutigen Landtagsbeschlusses auch von Kärnten aus nach Wien gehen könnten, denn wir haben maßgebende Personen in Kärnten, die auch auf Bundesebene in der Sozialpartnerschaft tätig sind. Ich nenne auch die Namen Hinterleitner und Melcher, die Fachgruppenvorsteher auf Bundesebene in der Wirtschaftskammer tätig sind. Ich habe große Hoffnungen, daß sie gemeinsam mit Krenn und mir auch auf Bundesebene in der Kammer tätig werden. Es hat auch ein Signal in die Richtung der Sozialdemokratie gegeben, die mit ihrem Vizepräsidenten Heiden auch signalisiert hat, daß sie bereit sind, in der Steuergesetzgebung, z.B. in der Getränkesteuer, ein Zeichen zu setzen.

Ich glaube, daß wir in Wien propagieren sollten, daß wir in Kärnten bereit sind, an einen Strang zu ziehen, und zwar alle auf einer Seite. Das ist das Fazit dieser vielen Parteienverhandlungen und der Ausschußsitzungen, nämlich ein klares Bekenntnis des Kärntner Landtages und der Kärntner Landesregierung zur Tourismuswirtschaft in Kärnten. Versuchen wir, mit diesem Akzent, den wir hier setzen, an die Bevölkerung heranzusetzen, die nicht unmittelbar mit dem Tourismus zu tun hat und an sie zu appellieren, daß sie mehr Akzeptanz an die Tourismuswirtschaft verbringt.

Wir haben ein herrliches Land; deshalb ist Österreich Weltmeister in touristischen Bereichen. Aber innerhalb Österreichs hat Kärnten eine Sonderstellung: ein herrliches Land, mit einer wunderschönen Landschaft, mit einer noch intakten Umwelt. Auch hier wird es an uns, am Kärntner Landtag liegen, dafür zu sorgen, daß diese herrliche Umwelt auch für die Nachwelt erhalten bleibt.

Wir brauchen neue Infrastrukturen. Es ist nicht alleine die Tatsache, daß die Billigflugreisen bzw. die Währungsparitäten daran schuld sind, daß der Gast nicht mehr so stark nach Kärnten auf Urlaub kommt, sondern auch die fehlenden Infrastruktureinrichtungen. Der Beschluß sollte uns heute ermöglichen, dort, wo wir noch säumig sind, nachzuholen. Das sollte vor allem

den Betrieben ermöglichen, neue infrastrukturelle Maßnahmen zu setzen und Investitionen zu tätigen. Ich glaube auch, daß wir bei der Bevölkerung die Akzeptanz erreichen werden - weil die Bevölkerung an und für sich als gastfreundlich bekannt ist -, daß wir wiederum einen "Urlaub bei Freunden in Kärnten" anbieten können.

Gäste sind für uns nicht Fremde. Gäste sind Einheimische auf Zeit, die gegen Entgelt unsere Landschaft konsumieren: zum Zwecke des Urlaubs und der Erholung. Sie verbringen die schönste Zeit im Jahr bei uns - und das gegen Entgelt. Das ist wichtig! Es sollen sich alle Ausgaben, die wir heute hier beschließen, auch rechnen. Durch mehr Tourismus, durch mehr Einnahmen sollte dieses Geld keine verlorene Investition sein, sondern ein geborgtes Geld an die Tourismuswirtschaft sein. Und das sollte sich in den nächsten Jahren rückrechnen.

Im Sinne der Kärntner Tourismuswirtschaft danke ich allen Fraktionen hier in diesem Kärntner Landtag, daß Sie diesen einstimmigen Beschluß heute fassen werden! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächster ist Herr Abgeordneter Hinterleitner zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!*)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es war erfreulich, daß sich ein Dreiparteienübereinkommen eingestellt hat, das es möglich gemacht hat, den Tourismus und die Probleme des Tourismus außer Streit zu stellen und somit auch vom Land her finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist gerade hier notwendig, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, die es dem Tourismus in einer sehr schwierigen Zeit ermöglichen, infrastrukturelle Akzente zu setzen, einerseits im sommertouristischen Bereich, andererseits natürlich auch im wintertouristischen Bereich, um der derzeitigen touristischen Entwicklung in Kärnten, aber auch in Österreich entgegenzusteuern. Mit all diesen Maßnahmen, die in diesem Parteienübereinkommen zum Tragen kommen, ist die Möglichkeit gegeben, diese Akzente

Hinterleitner

durchzusetzen. Ich darf hier wirklich sagen, daß es höchst an der Zeit ist, den Tourismus außerhalb des Parteienstreites zu stellen, um für unsere Gäste und für unsere Tourismuswirtschaft Maßnahmen zu setzen.

Ich darf in weiterer Folge konkret darauf eingehen, daß wir die Mittel dahingehend strukturiert haben, die Infrastrukturmaßnahmen mit jährlich 100 Millionen Schilling auf fünf Jahre zu setzen, andererseits aber auch im Werbebereich zusätzliche Mittel frei zu bekommen und darüber hinaus, was besonders wichtig ist, auch die neue Strukturierung der Regionen, der Organisation in diesem Bereich durchzuziehen. Gerade diese Neuorganisation wird notwendig sein, um hier gebündelte Kräfte zu entwickeln, weil es wichtig sein wird, im Marketing, im Werbebereich, verstärkte Einsätze zu zeigen. Das ist mit dieser Mittelzurverfügungstellung machbar.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie zum Tourismus auf einige Punkte hinweisen. Wenn wir davon ausgehen, daß auch in Kärnten jede sechste wirtschaftliche Existenz direkt oder auch indirekt vom Tourismus abhängt - meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, wieviele Arbeitsplätze auch im Tourismus direkt und indirekt von einer guten Wirtschaftslage abhängig sind -, so sind das alles wesentliche soziale und wirtschaftliche Komponenten, die dazu führen, daß wir Verantwortliche in der Politik uns um die Nöte und Sorgen der Tourismuswirtschaft zu kümmern haben. Die Tourismuswirtschaft selbst wird natürlich veranlaßt sein, auch in der Folge stärker zu bündeln, auch die Wechselbeziehungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammenzuführen. Ich denke insbesondere an die Zusammenführung der Maßnahmen im Bereich Tourismus-Landwirtschaft, Tourismus-Industrie und Tourismus-Gewerbe, wo echte Möglichkeiten der Partnerschaft gegeben sein werden. Es gibt aber auch Alternativen zum Tourismus nicht in allen Bereichen im Lande. Deshalb ist es wichtig, dem Tourismus den notwendigen Stellenwert zu geben.

Die gesamte touristische Entwicklung ist in einer Art, wenn man so sagen möchte, Aufbruchsituation, mit Veränderungen hin in neue Reiseverhalten und neue Reisesströme, die

sich auftun; verändertes Verhalten, was Kurzurlaube, Kultururlaube Sightseeing und all diese Maßnahmen anbelangt. Wir müssen uns daher in unseren Angebotsegmenten Gedanken machen, wie wir den Tourismus in der Folge neu gestalten und die Schwerpunktbildung des Sommertourismus in eine Ausdehnung der Saisonen bekommen - wo viele Möglichkeiten auch im Unterstützungsbereich durch Pilotprojekte möglich sind - und auch veränderte Angebote im wintertouristischen Bereich. Es geht darum, zusätzlich Gäste für Paketlösungen zu gewinnen, damit wir mit günstigen und familiengerechten Angeboten auch den Wintertourismus verstärkt in Kärnten beleben können, sozusagen aus der Einsaisonalität herauskommen und eine verstärkte Zweisaisonalität erreichen, wenn möglich eine Art Jahrestourismus im gesamten Angebot.

Ich habe früher schon das gesamte Angebot des Kulturspektrums anklingen lassen, das wir in Kärnten haben, wo wir nicht wetterabhängig sind, die Möglichkeit haben, gebündelte Pakete zu schnüren und verstärkt in neuen Vermarktungseinheiten an die Kunden (die Gäste) heranzutreten haben. Auch hier wird sich die Frage stellen, wie wir uns diesen neuen Gegebenheiten anpassen werden und wie wir diese neuen Vermarktungsmöglichkeiten nützen und wie wir direkt den Zugriff zu unseren Gästen bekommen werden, um Mittel und Schaltstellen auszuschalten, um einen direkten Zugriff zur Buchung zu erhalten und die Gäste verstärkt in unser Land zu bekommen.

Die Hoffnung auf verbesserte Situationen im Tourismus sind gegeben. Die gesamten Parameter weisen darauf hin, daß sich auch der Tourismus in Kärnten und Österreich erholen wird, daß wir sozusagen dieses Wellental durchtauchen können und mit sehr innovativem, gemeinsamen Einsatz auch in der Lage sind, Veränderungen herbeizuführen. Es wird nicht leicht sein. Es wird an uns liegen, gemeinsam diese Aufgabe, diesen Ball aufzunehmen, um einen Erfolg auch in diesem Bereich zu sichern.

Wir werden uns aber auch verstärkt Gedanken machen müssen, wie wir eine Vernetzung der Angebotstrukturen und der Bereitschaft in den Gemeinden zu den touristischen Problemlösungen finden. Das ist für mich auch

Hinterleitner

das Bekenntnis zum Tourismus in den Gemeinden, mit den in den Regionen politisch Verantwortlichen und der Tourismuswirtschaft, um hier gemeinsame Lösungen zu finden. Ich sagte schon, daß Tourismus nicht eine Einbahnschiene ist, weil Tourismus von der Angebotstruktur her einerseits Rahmenbedingungen für unsere Gäste in der Infrastruktur schafft, andererseits auch unseren Einheimischen eine starke Infrastruktur Nutzen bietet. Nehmen Sie alle Bereiche her, wie die Freizeitangebote: Wir haben von den Bädern, von den Sportanlagen und von den Golfplätzen gesprochen, wo wir hier Möglichkeiten haben, gemeinsam mit diesem Angebot fortzufahren.

Deshalb, meine Damen und Herren, stellen wir uns der Aufgabe gemeinsam, für den Tourismus als einen Teil der gesamten Wirtschaft in diesem Lande unterstützend zur Seite zu stehen! Versuchen wir gemeinsam, alle jene Mittel zu bündeln, die es der Wirtschaft leichter machen, sich verstärkt mit Tatkraft und Engagement dem Tourismus zu widmen! Das wird unsere Aufgabe sein. Wenn wir diesen Ball gemeinsam aufnehmen, so bin ich sicher, daß auch der Tourismus in Kärnten wieder im Aufwind ist. Ich danke Ihnen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und vom Berichterstatter)*

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächster hat sich Herr Abgeordneter Koschitz zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!)

Abgeordneter **Koschitz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß es gestern doch noch zu einer Dreiparteieneinigung gekommen ist, um unserem Tourismus zu helfen, bevor er ein Sanierungsfall wird. Wir alle wissen, daß die Zeiten vorbei sind, wo unsere Wirte rund um unsere Seen in den Keller gezogen sind oder sogar die eine oder andere Nacht in der Badewanne verbracht haben, um den schlangensteinenden Fremden ein Zimmer anbieten zu können. Vorbei sind auch die Zeiten, wo unsere Hoteliers von vier Monaten Saisonarbeit bequem das ganze Jahr leben und nebenbei noch das eine oder andere investieren konnten. Heute schaut es leider so aus, daß die Belegstage auf

60 Tage geschrumpft sind und leider viele Betriebe aufgrund der schlechten Auslastung ihre Investitionskredite gar nicht mehr zahlen können. Viele der Hotels gehören schon mehr oder weniger den Banken. Jeder von uns weiß, daß wir in den letzten Jahren fast vier Millionen an Nächtigungen eingebüßt haben. Eine Million Nächtigungen weniger bedeutet auch, wie wir heute schon gehört haben, eine Milliarde Schilling weniger in den Kassen der Betrieben. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, tut weh; am meisten demjenigen, der davon leben muß und noch einen großen Teil der Kredite zurückzahlen hat. Trotzdem ist das kein Grund, daß wir in Kärnten deshalb den Notstand ausrufen müssen. Denn wir alle wissen, daß der Tourismus bei uns in Kärnten einen sehr hohen Stellenwert besitzt, und zwar deshalb, weil er viel dazu beigetragen hat, daß es fast in jedem Ort, wo es keinen See gibt, ein klassisches Bad gibt, daß fast auf jeden Berg ein Lift hinaufgeht und daß dort, wo wenig Schnee fällt, auch fast überall eine Beschneiungsanlage gebaut wurde. Wir haben Hunderte von Tennisplätzen, die alle nicht nur den Fremden, sondern auch unserer einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Man muß aber zur Kenntnis nehmen, daß unser Fremdenverkehr nur einen Anteil von 6 % am Bruttoinlandsprodukt hat. Zum Vergleich: Die unterbewertete Industrie hat einen Anteil von 21 %. Ich will damit den Tourismus nicht abwerten, aber auch nicht überbewerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir den Förderbericht des KWF anschau, so fällt der Vergleich mit der Industrie genau umgekehrt aus. Deshalb glaube ich, daß nicht nur die Rahmenbedingungen zu verbessern sind, sondern vor allem auch in Zukunft bei den Betrieben ein Umdenken stattzufinden hat. Andere Länder (z. B. Tirol) zeigen uns vor, daß es auch andere Wege gibt, als nur zu warten, bis der Gast kommt. Sie suchen eben den beschwerlicheren Weg über die Reiseveranstalter. Bis heute haben in Kärnten diesen Weg fast nur 6 % unserer Betriebe in Anspruch genommen, obwohl man ganz genau weiß, daß z. B. von den deutschen Gästen 12 % über das Reisebüro nach Kärnten kommen. Die Einstellung war halt immer die: Juli und August sind wir sowieso voll, und ich erspare mir dabei eben die Provisionen. Aber die Realität, meine

Koschitz

sehr geehrten Damen und Herren, ist in der Zeit halt eine andere geworden. Das gestrige Parteiengespräch, mit der Willenserklärung, den Tourismus aus den tagespolitischen Auseinandersetzungen herauszuhalten und vor allem die erforderlichen finanziellen Mittel für fünf Jahre bereitzustellen, war der erste und wichtige Schritt zu einem neuen Anfang. Dazu wäre zu sagen, daß diese bereitgestellten Mittel aber nicht zu Lasten anderer Projekte gehen dürfen, die in Vorbereitung sind, wie z. B. die Landesausstellung in Ferlach oder die Landesausstellung in Friesach. Ich hoffe, daß die Freiheitliche Fraktion auch dazu stehen wird!

Das vom Tourismusreferenten vorgelegte Konzept, das dort und da natürlich überarbeitet werden muß, weil es eben im Konzept sicherlich noch Schwächen gibt, (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) wird der nächste Schritt sein, um die zugesagten Budgetmittel in Zukunft so einzusetzen, daß der Tourismuswirtschaft dabei echt geholfen werden kann.

Ich glaube, daß mit diesem heutigen Beschluß vom Landtag aus ein Zeichen gesetzt wird, daß in schwierigen Zeiten, wo es unseren Tourismusbetrieben nicht gut geht, das Land hinter unseren Betrieben steht und wir vertrauen können, daß in den nächsten fünf Jahren das Konzept auch umgesetzt wird. Das auch dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, falls es wieder einmal unerwartet zu einem Austausch des Fremdenverkehrsreferenten kommen soll.

Das, liebe Freunde, kann bei euch, wie wir wissen, alle Tage passieren, zumindestens kann man das nicht ausschließen. In den letzten zwei Jahren waren es gleich drei Fremdenverkehrsreferenten und jeder ist immer wieder gekommen und hat neue Ideen hier eingebracht. Dieser ständige Wechsel sorgte, wie wir alle wissen, nicht gerade für Kontinuität. Was wir jetzt brauchen, liebe Freunde, sind vor allem keine großartigen Anfragen, die der Referent vor wenigen Wochen durchgeführt hat. Diese drei großartigen Fragen lauteten, ob sie mit der KTG zufrieden sind, ob sie weniger zufrieden sind oder ob sie gar nicht zufrieden sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das einzige, das wir jetzt brauchen, ist Ruhe, damit diese Konzepte auch wirklich

umgesetzt werden können. Das heißt, das Vertrauen in die Tourismuspolitik muß einfach wieder hergestellt werden, damit sich die Betriebe in regionalen Tourismusorganisationen, aber auch die KTG verlassen können, daß die Beschlüsse, die wir heute fassen, auch umgesetzt werden.

Sehr geehrter Herr Tourismusreferent, was die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in den einzelnen Gremien betrifft, ist man deinen Wünschen größtenteils nachgekommen. Somit sind die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Führung des Referates nun mehr als gegeben. Kurz gesagt, in deinen Händen, lieber Herr Tourismusreferent, liegt der Schlüssel zum Erfolg, den wir alle wollen, der die Voraussetzung für eine gute Fremdenverkehrsentwicklung in unserem Lande schafft. Danke. (*Beifall von der SPÖ- und von der F-Fraktion.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hoher Landtag! Auch wenn der Abgeordnete und Bürgermeister jetzt ein paar kritische Worte, wahrscheinlich auch mit Recht, in seinen Debattenbeitrag eingebracht hat, so freut es mich doch sehr, und ich darf mich ausdrücklich bei Ihnen allen dafür bedanken, daß wir diese Debatte heute nur relativ kurze Zeit nach unserem ersten Sonderlandtag zum Tourismus hier in diesem Hohen Haus wesentlich konstruktiver und positiver über den Tourismus hier in Kärnten gestalten. Damit stellen wir ein aktives Tätigwerden des Landes für den Tourismus hier in Kärnten unter Beweis, was auch aufzeigt, daß wir die Bedeutung des Tourismus für Kärnten schön langsam richtig einschätzen lernen. Das ist ein wichtiger Lernprozeß, den wir in der Vergangenheit durchgemacht haben und es haben auch die Beiträge heute wesentlich mehr Hintergrund. Der Abgeordnete Koschitz hat scheinbar in mancher Rede nachgelesen, damit er heute hier auch sachlich zum Tourismus sehr viel beitragen konnte.

Ich glaube, wir haben alle viel zu lange zugesehen, wir haben die Probleme im Tourismus nicht

Mag. Grasser

ernst genommen, wir haben die Entwicklungen im Tourismus in Kärnten nicht rechtzeitig erkannt und haben daher nicht gesehen, daß dieses Tourismusland Kärnten auch historisch von seiner industriellen Entwicklung her einfach natürliche Grenzen vorfindet und gerade Gewerbe und Handel in einem sehr engen Konnex zum Tourismus stehen. Diese strukturelle Krise, in die wir in einem europäischen Trend sicherlich hineingeschlittert sind, führt dazu, daß wir von unseren Spitzenwerten, auch was die volkswirtschaftliche Bedeutung für den Tourismus angeht, weit entfernt sind. Wir haben 4 Milliarden Schilling an Kaufkraft gegenüber diesen Spitzenwerten und 4000 Arbeitsplätze in Kärnten gegenüber diesen Spitzenwerten verloren, wir steuern auf die fünfte negative Sommersaison in der Folge zu und daher ist es absolut zu begrüßen, daß wir uns jetzt endlich gemeinsam entschieden haben, nicht mehr zuzusehen, sondern aktiv an die Sache heranzugehen. auch die Konzepte, die seit langem am Tisch liegen, auch umsetzen zu wollen und dieses Sonderprogramm mit einem Sonderbudget gemeinsam mittragen und damit einen umfassenden Wandel für den Tourismus ermöglichen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine gewisse Zeit gebraucht, um uns auf diese gemeinsame Vorgangsweise zu verständigen, aber das ist in Kärnten in unserer tagespolitischen Auseinandersetzung ein Problem, das seit längerer Zeit bekannt ist und hoffentlich nicht üblich wird. Ich darf wirklich ganz ehrlich sagen, es freut mich sehr, daß wir heute dieses Signal setzen, daß wir den Tourismus aus dem tagespolitischen Streit herausnehmen, daß wir ein Bekenntnis zur Tourismuswirtschaft, zu den Tourismusbetrieben, zu den Arbeitsplätzen in dieser wichtigen Branche in Kärnten heute abgeben und daß wir dieses Sonderprogramm und Sonderbudget in Kärnten tatsächlich gemeinsam durchsetzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wirklich ein beachtlicher Erfolg, was hier heute gemeinsam auf den Tisch gelegt wird, und zwar ein Erfolg für die Tourismuswirtschaft in Kärnten. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es schadet auch der Handlungsfähigkeit der Politik im Lande wirklich nicht, wenn man in einem so wichtigen Bereich eigentlich relativ kurz nach dem Vorlegen eines Zehnpunkteprogrammes des Tourismusreferenten nur einige Wochen danach fünf Punkte gemeinsam abhaken kann und sich gemeinsam auf diesen Weg verständigt hat, einen Weg, der in wichtigen Bereichen umfassende Investitionen in der Zukunft für den Tourismus auslösen wird. Ich darf nur die Infrastruktur noch einmal ansprechen, weil ich glaube, daß das, was hier von uns gemeinsam getragen und beschlossen wird, bislang eigentlich gar nicht in seiner ganzen Dimension erkannt worden ist. Wir stellen für die Tourismusinfrastruktur jetzt 800 Millionen Schilling zur Verfügung, 500 Millionen Schilling kommen aus der Wirtschaftsförderung und 300 Millionen Schilling aus zusätzlichen Beteiligungen über die Kärntner Bergbahnen. Ich rechne damit, daß der Goodwill des Gemeindereferenten, der heute nicht hier ist, mit den Bedarfszuweisungen auch den Tourismus in Zukunft unterstützen wird. Damit werden wir auf ein Paket kommen, das ungefähr eine Milliarde Schilling, eine Tourismusmilliarde, von der wir seit langem reden, in den nächsten fünf Jahren in Kärnten für die Tourismusinfrastruktur zur Verfügung stellt. Diese Milliarde stellt aber in Wirklichkeit noch nicht die ganzen Investitionen dar, die tatsächlich dadurch ausgelöst werden, sondern in Summe werden wir in Kärnten damit eine Bewegung im infrastrukturellen Bereich im Winter- und im Sommertourismus von umgerechnet 2,5 Milliarden Schilling sicherlich auslösen. Das ist dann eine wirtschaftspolitische und volkswirtschaftliche Entscheidung von größter Bedeutung für den Tourismus im Land. Es ist aber auch eine bedeutende Entscheidung, daß wir uns gemeinsam dazu bekennen, daß die Abwicklung dieser wesentlichen Finanzmittel vom Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds tatsächlich in Angriff genommen wird, damit wir auch in Zukunft gewährleisten können, daß wirtschaftspolitisch und tourismuspolitisch nur sinnvolle Investitionen, die auch der strategischen Ausrichtung des Landes im Tourismus entsprechen, tatsächlich umgesetzt werden.

Mag. Grasser

Damit ich das auch einmal dazusage, auch wenn ich nicht die tatsächliche Summe mit Ihnen gemeinsam vereinbaren konnte, die ich in diesem Tourismusprogramm vorgeschlagen habe, sondern wir uns im wesentlichen auf eine Beibehaltung der Mittel was die Tourismusinfrastruktur im Lande betrifft, geeinigt haben, so glaube ich, daß es doch ein großer Erfolg von uns allen und ein Entgegenkommen des Landeshauptmannes und Finanzreferenten ist, wenn wir uns von einem Ausgangspunkt, der gelautet hat, 600 Millionen Schilling, davon 500 Millionen Schilling für die Tourismusinfrastruktur für die nächsten fünf Jahre, uns jetzt auf ein Paket einigen, das 800 Millionen Schilling plus Bedarfszuweisungen heißt, damit eine Tourismusmilliarde tatsächlich für Kärnten erreicht haben und das im Verhandlungsprozeß gemeinsam sicherstellen konnten, dann haben wir es geschafft, tatsächlich für den Tourismus einen großen Erfolg heute hier gemeinsam beschließen zu können, weil wir trotz beschränkter finanzieller Ressourcen und trotz des Zwangs und der Notwendigkeit zu Konsolidierungsmaßnahmen und zu Einsparungen für diesen wichtigen Bereich der Wirtschaft in Kärnten sicherstellen konnten, daß wir ein Budget auf dieser Legislaturperiode festschreiben können.

Wir haben in diesem Verhandlungsprozeß auch weitere wichtige Schwerpunkte gesetzt. Wir haben im Prinzip die Voraussetzungen auch für eine Marketingoffensive im Land gemeinsam verwirklicht. Wenn die Einigung in diesen zwei Punkten, pro Jahr zehn Millionen mehr für die Kärntner Tourismusgesellschaft und zehn Millionen Schilling für die Umsetzung einer Reorganisation der Organisation im Kärntner Tourismus, sprich die Regionalisierung damit verwirklicht wird, dann sind das die Voraussetzungen, zu denen wir vor diesen paar Wochen beim ersten Sonderlandtag gesagt haben, wir müssen auch im Marketingbereich für den Kärntner Tourismus gegensteuern und antizyklisch agieren, und das in Zusammenschau mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen und mit den ganzen Gesprächen, die in diesem Bereich stattfinden.

Ich darf die Kärntner Tourismusgesellschaft und den Aufsichtsrat sowie den Geschäftsführer

erwähnen, mit dem wir einen konstruktiven Dialog führen, was die zukünftige Wahrnehmung, die Verantwortung und die Aufgaben der Kärntner Tourismusgesellschaft betrifft. Wir haben uns auf die Bereiche der Angebotskommunikation, der Werbung, des Directmarketing, der Öffentlichkeitsarbeit und der Verkaufsförderung geeinigt und wollen versuchen, in den nächsten Wochen eine größere Effizienz tatsächlich zustande zu bringen. Wir werden die Regionalisierung mit Ihnen gemeinsam im Tourismusausschuß auf ihre Sinnhaftigkeit, auf den konkreten Weg, auf das Prozedere, das wir dabei einschlagen wollen, weiterdiskutieren, weil ich der Überzeugung bin, daß wir gerade in der Tourismusinfrastruktur und in der Tourismusorganisation in Kärnten ein riesiges Rationalisierungspotential haben, weil wir zur Zeit mit diesen mehr als hundert Tourismusvereinen und Tourismusverbänden im Land uns eine Ineffizienz sondergleichen noch immer leisten, weil wir heute nach wie vor keine Koordination und Koordinierung im Bereich der Tourismusorganisation haben und weil das eine Kleinkariertheit sondergleichen ist, die wir uns gerade in Zeiten beschränkter finanzieller Mittel sicherlich nicht mehr leisten können.

Das Konzept, das diesbezüglich dem Ausschuß vorgelegt wurde, sieht eben genau eine notwendige Konzentration der Mittel, eine einheitliche Vermarktung Kärntens nach außen hin vor, womit für mich notgedrungen auch verbunden ist, die Bedeutung der Gemeinden und der Orte und ihres touristischen Auftretens in Zukunft zu reduzieren. Für mich ist es eine Vision, daß es einmal kein Ortsprospekt mehr in Kärnten im Tourismus geben soll, wobei wir die Regionen ausschließlich mit dieser Zielsetzung, Konzentration der Mittel, mehr Effizienz, einheitliche Vermarktung und Auftreten des Landes nach außen, verwirklichen sollten, damit man die Angebotskoordination und den gemeinsamen Marktauftritt in Kärnten sicherstellt und damit man ein professionelles Agieren auf allen Ebenen des Tourismus im Land sichert und die 200 Millionen Schilling, die in den Tourismusverbänden und -vereinen heute sehr unkoordiniert und unstrukturiert ausgegeben werden, viel stärker als bisher dazu einsetzen kann, daß die touristische Marke Kärnten als Ganzes davon profitieren kann.

Mag. Grasser

Es ist sicherlich ein wichtiger logischer weiterer Schritt, daß wir auch, was die Kompetenzverteilung anlangt eine akkordierte Vorgangsweise gefunden haben, denn es ist logisch nicht nachvollziehbar, daß der Tourismusreferent bislang formell mit der Kärntner Tourismusgesellschaft und mit dem Kärntner Reisebüro eigentlich nichts zu tun hatte. Daher bedanke ich mich auch, daß der Landeshauptmann seine Verantwortung, die er in diesem Bereich für die Kärntner Tourismusgesellschaft und für das Kärntner Reisebüro wahrgenommen hat, dem Tourismusreferenten delegiert, damit wir die Synergieeffekte zwischen Reisebüro und Tourismusgesellschaft in Zukunft besser wahrnehmen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns bewußt sein, daß noch einige Punkte offen geblieben sind und wir darüber im Ausschuß weiterhin konstruktive Gespräche zu führen haben werden, daß wir aber heute gemeinsam eine Vereinbarung in dieser Sitzung schließen, die ein Signal an die Betriebe, die Unternehmer und die Arbeitnehmer im Tourismus in Kärnten ist, damit wir, Politik und Unternehmer, vielleicht auch einmal gemeinsam diese Aufbruchstimmung beiderseitig erzeugen können, denn letztlich muß uns klar sein, daß es nur die privatwirtschaftliche Initiative, das unternehmerische Agieren, das Unternehmerrisiko und die Unternehmerverantwortung tatsächlich sein kann, die in Zukunft eine erfolgreiche Tourismusedwicklung ermöglichen wird. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wir haben hier gemeinsam einen ersten Schritt gesetzt, um die Rahmenbedingungen für die Unternehmer im Land besser und günstiger zu gestalten, damit sie dadurch auch wirklich ihre Vorstellungen vom Land unterstützt verwirklichen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden weiterhin auch gemeinsam trachten müssen, daß wir auf die Bundesregierung entsprechenden Druck machen, damit auch hier von der Bundeseite her den Unternehmern ein erfolgreiches Wirtschaften ermöglicht wird. Denn ich glaube, daß steuerliche Maßnahmen für die Wirtschaft, nicht nur für die touristische Wirtschaft in ganz Österreich längst überfällig sind. Denn ich frage mich, wo bleibt die Entlastung im Bereich der Lohnnebenkosten

tatsächlich, wo bleiben Schritte zur Eigenkapitalbildung im Land, warum stellen wir nicht Gewinne, die im Unternehmen bleiben, steuerfrei, damit eine Eigenkapitalbildung in Zukunft ermöglicht wird. Wo bleibt die Flexibilisierung im Bereich der Arbeitszeit, des Arbeitsrechtes. Ich glaube, das sind wichtige und unerläßliche Schritte, die für ein Tätigwerden im Tourismus erforderlich sind. Wir haben diesbezüglich gemeinsam auf Bundesebene eine Petition eingebracht, damit diese Schritte auch im Parlament von allen Fraktionen behandelt werden, weil wir ganz einfach entlastende Maßnahmen für ein erfolgreicherer Tätigwerden der Betriebe benötigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie auch einladen, gemeinsam auf den Wirtschaftsreferenten, den Bundesminister Ditz hier Einfluß zu üben und ihn zu drängen, die er der Wirtschaft und der Tourismuswirtschaft gegeben hat, auch tatsächlich wahr macht. Denn es soll eine Tourismusanleihe geben, es soll Beteiligungsgesellschaften geben, es soll Haftungsmodelle über die Finanzierungsgesellschaft auf Bundesebene geben und das wäre für uns auch eine Möglichkeit einer akkordierten Vorgangsweise zwischen dem Land und dem Bund, damit wir diese 50 Millionen an Haftungsübernahmen, die wir den Betrieben gemeinsam in Aussicht gestellt haben, um Leitbetriebe zu sanieren, das Eigenkapital zu erhöhen und Investitionen gleichzeitig zu ermöglichen, um Innovationen zu ermöglichen, daß wir das gemeinsam zwischen Bundeseite und Landeseite abwickeln können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tourismus befindet sich in Kärnten, Österreich und Europa in einem sehr tiefgreifenden Wandel auf betrieblicher, organisatorischer und technologischer Seite, auf der Seite des Gästeverhaltens des Wandels der Bedürfnisse. Ich glaube, das Land, die Politik und die Unternehmer können heute von dieser Sitzung, von diesem Schulterschuß in Wirklich profitieren, daß wir endlich einmal in einem Sachbereich an einem Strang ziehen. Ich bedanke mich dafür sehr herzlich im Rahmen der Tourismuswirtschaft dieses Landes. Ich kann nur sagen, machen wir weiter so, denn dann

Mag. Grasser

wird der Wachstumsmarkt Tourismus auch wieder einmal in Kärnten stattfinden. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Das Außerstreitstellen der Probleme im Tourismus und der heutige Beschluß sind ein ganz wichtiges Signal, einerseits für die Gewerbetreibenden und die Beschäftigten in unserem Lande, aber, wie ich meine, ein wichtiges Signal für die politische Situation für die politischen Parteien in unserem Bundesland im allgemeinen. Ich glaube, daß die Vorgänge rund um die Wahl des Landeshauptmannes und die folgende politische Diskussion und politische Auseinandersetzung, die nun mehr als ein Jahr lang gedauert hat, viel Porzellan zerbrochen hat, das den Parteien - ich nehme keine Partei aus - geschadet hat, die Arbeit in der Landespolitik für dieses Land mit Sicherheit nicht optimal gelaufen ist und das Land, unser Bundesland Kärnten, mit Sicherheit auf der Strecke geblieben ist. Hoher Landtag, die freiheitliche Fraktion war und ist mit einer Koalition konfrontiert, wo wir den Eindruck gewonnen haben, daß offenbar das Motto ausgegeben worden ist, kein Antrag, keine Initiative der Freiheitlichen darf beschlossen werden oder darf gutgeheißen werden. Obwohl wir Freiheitlichen eigentlich die zweitstärkste Partei in diesem Bundesland sind und gerade bei der letzten Wahl deutlich an Wählerstimmen gewonnen haben.

Ich deute, hoher Landtag, den heutigen Beschluß aber als ein Umdenken, ein dringendes Umdenken, das notwendig ist, um für Kärnten und die Menschen in unserem Bundesland einen Schritt weiter zu kommen und die großen anstehenden Probleme in Angriff nehmen zu können. Hoher Landtag, Probleme gibt es in unserem Bundesland mit Sicherheit genug und die Lösung wird nur dann erfolgen, wenn so wie bei diesem Beschluß heute hier im Bereich des Tourismus, alle Parteien versuchen, nach besten Gewissen und Einsatz ihrer Kräfte an einem Strang zu ziehen.

Die Vorgangsweise, die wir in Fragen des Tourismus gewählt haben und mit dem heutigen Beschluß zum Abschluß bringen, könnte ein

Modell sein. Könnte ein Modell dafür sein, wie wir die großen anstehenden Probleme im Bereich der Umwelt lösen können. Sie alle wissen, die Mülldeponien in Kärnten sind voll, wir haben große Schwierigkeiten im Bereich der Kanalsituation und wir werden hier nur tatsächlich Lösungen erreichen, wenn wir uns gemeinsam zu einer Vorgangsweise bekennen. Im Bereich der Gesundheit explodieren die Kosten und auch hier wird es Eingriffe, die sicherlich nicht einfach sind, notwendig machen. Und vom Budget, auf dieses brauche ich nicht hinzuweisen, hier werden die größten und notwendigsten Eingriffe notwendig sein. (*Abg. Mag. Trunk: Wo denn?*) Wir haben in diesem Parteienübereinkommen niedergeschrieben und wir Freiheitlichen bekennen uns auch zu einer Budgetkonsolidierung, die notwendig ist, um die nächsten Jahre für Kärnten optimal über die Bühne zu bringen. Der Landeshauptmann hat davon gesprochen, daß bei diesem Budget Blut und Tränen fließen werden. Wir Freiheitliche sind bereit, positiv mitzuwirken. Nicht, daß Blut und Tränen fließen, sondern daß vielleicht nur Schweiß fließen muß, Kollege Ambrozy. Schweiß durch Arbeit, zu der wir uns alle bekennen wollen, Schweiß durch Arbeit, an der wir mitwirken wollen und ich appelliere an den Landeshauptmann, die heutige Vorgangsweise und den heutigen Beschluß als ein Signal zu sehen, daß wir dieses Budget umgehend in Angriff nehmen müssen, daß wir im Sommer möglichst bald zu einer Klausur kommen und jene Vorgangsweise wählen, wie wir sie hier im Bereich des Tourismus gewählt haben. Daß wir uns über die Probleme unterhalten, die Probleme analysieren und dann Prioritäten setzen, wo Prioritätensetzungen notwendig sind.

Der heutige Beschluß, hoher Landtag, kann ein neuer Anfang sein, der weit über den Bereich des Tourismus hinaus geht. Hoher Landtag, Herr Landeshauptmann, wir Freiheitlichen werden unseren Beitrag dazu leisten und wir sehen auch die heutige Einstimmigkeit im Bereich des Tourismus als ein Signal. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Ich glaube, das haben meine Vorredner schon getan und möchte ich durchaus ebenfalls tun, in den Vordergrund zu stellen das gemeinsame Wollen. Dies ist im Tourismusausschuß heute zutage getreten und bekräftigt den einstimmigen Beschluß. Aber, meine sehr geschätzte Damen und Herren, wenn der Herr Abgeordnete Mitterer gemeint hat, am 15. Mai wurde von der F der Samen gesät und wir könnten heute schon ernten, darf ich doch in Erinnerung rufen, daß das damals für uns eine Hauruck-Aktion war. Weil nämlich der Abgeordnete Mitterer Vorsitzender des Tourismusausschusses ist und ein halbes Jahr nicht tätig wurde. Dieses Hohe Haus hat den Beschluß gefaßt, daß die entsprechenden Unterlagen vorgelegt werden müssen und dann können wir über das Konzept reden, dann können wir über das reden, was heute letztlich beschlossen wurde.

Ich erinnere daran, daß in diesem Tourismusausschuß noch immer ein Antrag liegt, von dem Abgeordneter Mitterer gemeint hat, er sei tourismusfeindlich. Wenn er glaubt, daß wir einen einzigen Gast mehr in unserem Land haben werden, wenn wir am Heiligen Abend die Dienstnehmer eine Stunde länger und am Silvester beschäftigen werden, ist das für den Tourismus zu wenig und ein großer Irrtum. Sehr geschätzte Damen und Herren, wenn heute weitere Mittel beschlossen werden, die zur Verfügung gestellt werden, können Sie versichert sein, daß wir sehr genau prüfen werden, wie diese Mittel letztenendes auch eingesetzt werden. Denn der Einsatz der Tourismusunternehmen kennt keine Grenzen. Es gibt auch heute eine Reihe von Hoteliers, eine Reihe von Tourismusunternehmungen und auch Privatunternehmungen, die funktionieren und ausgelastet sind, weil sie sich um den Gast kümmern, weil sie sich anbieten und sie sich überlegen, was kann man tun. Wenn Abgeordneter Hinterleitner gemeint hat, daß man sich mit Pilotprojekten beschäftigen sollte, kann ich das nur unterstützen. Ideenreichtum war noch nie ein Hindernis und hat Sie bis heute nicht gehindert, darüber nachzudenken.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, für den Tourismus verantwortlich waren in den letzten Jahren immer freiheitliche Funktionäre. Sie haben offensichtlich sehenden Auges zugesehen, wie die Entwicklung ist. (*Zwischenrufe von der F-Fraktion.*) Man hat zugesehen und gewartet, was zukommt. Und jetzt, wenn der Hut brennt, sollen alle Feuerwehr spielen. Aber es kann nicht so sein, meine Damen und Herren, wenn jetzt einmal der Freiheitliche Tourismusreferent in seinen Ansätzen recht bekommt, wenn die anderen politischen Parteien verantwortlich sind, daß sie sagen, jetzt wird das Klima im Haus wieder passen, das verhaut war seit der Landeshauptmannwahl. Wenn also einmal einem Antrag Ihres Referenten zugestimmt wird, daß man sagt, dann ist das Klima in Ordnung und sonst ist es nicht in Ordnung, so kann man diese Dinge nicht sehen. Ich verweise noch einmal auf diese Hauruck-Aktion, die tatsächlich am 15. Mai stattgefunden hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn der Tourismusreferent, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser gemeint hat, damit sichern wir auch Arbeitsplätze und die Flexibilisierung der Arbeitsplätze, möchte ich schon darauf hinweisen, man kann einen Menschen und einen Arbeitnehmer nicht betrachten wie eine Ware, die man aus dem Korb nimmt wenn man sie braucht und zurückstellt, wenn man sie nicht mehr braucht. Wir verlangen und meinen, daß mit diesen Mitteln, die durch die öffentliche Hand eingesetzt werden, dazu verwendet werden, daß Arbeitsplätze in Kärnten gesichert sind. Die Arbeitsplätze im Tourismus und in der Freizeitwirtschaft sind nicht die besten, sind nicht die, die lohnmäßig sehr gut stehen, so sind auch die Arbeitsbedingungen nicht überall und nicht immer. Daher werden wir auch darauf achten müssen, denn wir betrachten auch als Arbeitnehmer diese Situation. Wenn Mittel eingesetzt werden, wird die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer darauf trachten, daß die Arbeitsbedingungen für diese arbeitenden Menschen im Tourismus eingehalten werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir müssen diese Dinge mitbetrachten und können sie nicht einfach übergehen. Noch etwas möchte

Koncilia

ich dazu sagen. Die Freiheitlichen haben sich offensichtlich darauf verlassen, weil ich gesagt habe, sie haben sehenden Auges gemerkt, was los ist. Sie haben sich darauf verlassen, daß die anderen Parteien in ihrer Verantwortung mitgehen mit dem Fremdenverkehr und Tourismus, um diese Mittel aufzubringen, damit wirklich im diesem Land etwas weiter geht. Ich möchte aber gleichzeitig sein, daß es unsere Aufgabe sein muß, die Wirtschaftsförderung zu überdenken, daß wir den Gewerbebereich der kleineren und mittleren Betriebe nicht übersehen dürfen, daß wir die Industrie in Kärnten nicht übersehen dürfen, daß wir die Arbeitsplätze auf Dauer sichern müssen und daß wir bei der Förderung diese Dinge mitbeachten müssen. Wenn wir von finanziellen Mitteln reden, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann kann es nicht so sein, daß wir immer mehr finanzielle Mittel verlangen, andererseits aber auf allen Seiten Erleichterungen wollen, d.h. mehr Mittel mehr aufbringen aber weniger Mittel einnehmen, das wird nicht ganz funktionieren. Wir werden auch darauf achten müssen, wie man es nimmt mit der Steuerwahrheit. Jedem Arbeitnehmer wird am 1. oder am 15. sofort bei seinem Lohn dies abgezogen und wir werden auch diese Dinge beachten müssen. Da hilft nichts, wenn man sich auf den Schlips getreten fühlt, das sind Dinge, die in Wirklichkeit vorkommen und auf die wir zu achten haben.

Noch einmal, es ist ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden und wir werden sehen, was in weiterer Folge geschieht. Denn wir haben für alle Arbeitnehmer in diesem Lande mit Mühe und Not 130 Millionen Schilling aufgebracht. Wir werden sehr genau achten, wie die Bereitschaft des Hohen Hauses ist, für die Arbeitnehmer in diesem Land einzutreten und direkte Förderungen, dort, wo sie benötigt werden, zu unterstützen. Wir werden sehr genau achten, wie weit man bereit ist, tatsächlich für die Berufsausbildung Mittel aufzubringen für Lehrlinge, und nicht nur davon zu reden, sondern an den Taten messen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir werden heute diesen Beschluß einstimmig fassen, aber damit werden dem Referenten Möglichkeiten in die Hand gegeben, für die er verantwortlich sein wird und wir werden seine Tätigkeit gerade auch

heute an diesem Beschluß messen. Danke.
(*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung! - Vors. 1. Präs. Unterrieder: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Klubobmann Dr. Strutz das Wort! Tatsächliche Berichtigung!*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Ich melde mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Der Abgeordnete Koncilia hat behauptet: "In den letzten Jahren haben die freiheitlichen Abgeordneten die Verantwortung für das Tourismusreferat inne gehabt." Das ist unrichtig! Vom Jahre 1984 bis ins Jahr 1994 (also in den letzten 10 Jahren) waren ausschließlich ÖVP-Abgeordnete - mit einer Unterbrechung, nämlich nach Landesrat Knafl und damals Scheucher, (*Lärm im Hause*) hat der SPÖ-Landesrat Koschat das Fremdenverkehrsreferat inne gehabt - und danach wieder die ÖVP durch Zernatto die Referenten.

Ich ersuche, diese tatsächliche Berichtigung zur Kenntnis zu nehmen!

(*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächste hat sich Frau Abgeordnete Trunk zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort!*)

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich denke, diese letzte Wortmeldung zur Geschäftsordnung ist nicht Bestandteil des neuen Klimas hier in diesem Hohen Hause, indem man sich bei Zuständigkeiten in Eitelkeiten abreagiert. Aber Sie werden mir erlauben, daß ich in sehr knapper Ausführung auf Selbstverständlichkeiten verweise! Und Sie werden erlauben, daß ich formuliere, warum ich dieser Dreiparteieneinigkeit und dieser Einigkeit hier im Hohen Landtag - ich bin nicht die einzige - mit Vorbehalt zustimme!

Erstens, im Vertrauen darauf, daß diesem Reden vom neuen Klima reale Taten folgen. Das tue ich im Vertrauen und nicht im Mißtrauen. Ich denke, daß dieses Außerstreitstellen dieses außerordentlichen und letztlich ordentlichen Tourismusbudgets und seiner Erhöhung auch

Mag. Trunk

eine reale Außerstreitstellung folgender Punkte bedingt. Es muß Schluß sein mit Debatten, wie wir sie in der letzten und vorletzten Landtagssitzung gehabt haben, als es darum ging, die Kärntner Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die Infrastruktur im Tourismusbereich zu nützen, sprich zu familiengerechten Tarifen zu kommen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Ich hoffe, daß es da auch eine Dreiparteieneinigkeit geben wird. Ich denke, daß auch der zuständige Tourismusreferent, Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser, seine Ausführungen zu diesem Punkt im Antrag, wie er in der letzten Landtagssitzung behandelt wurde, insofern zurücknehmen wird - nicht mündlich, sondern durch konkrete Taten und Initiativen - indem er diese Maßnahmen (der Schaffung familiengerechter Tarife im Freizeitbereich) als Signale bezeichnet hat, die mit realen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Kärnten nichts zu tun hätten.

Zweitens: Ich denke, daß dieses Außerstreitstellen auch einen Bereich betreffen muß, der sich "Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin" bezeichnet. Es kann sein und muß sein, daß über Arbeitszeitregelungen diskutiert wird! Aber es kann nicht sein, daß diese Flexibilisierung der Arbeitszeiten auf Kosten jener geht, die unsere Lehrlinge sind, auf Kosten jener geht, die im Tourismus im Billiglohnbereich arbeiten. Das sind mehrheitlich Frauen, letztlich auch Männer. Es kann auch nicht sein, daß wir mit geschlossenen Augen dorthin blicken, wo wir heute auch noch im Tourismusbereich Kärntens eine hohe Anzahl von illegaler Beschäftigung zu verzeichnen haben, nämlich illegaler Beschäftigung auch von ausländischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die nicht nur in Kärnten allein leider zu den Sklaven der Gegenwart zählen.

Wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter gemeint hat, daß die Basis für einen positiven Tourismus auf Privatinitiativen zurückzuführen ist, dann stimme ich dem zu und sage dazu, daß die Basis, nämlich die Infrastruktur, für einen positiven Tourismus von jenen Kärntnern und Kärntnerinnen gelegt wird, die wir hier zu vertreten haben. Das sind die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, die in Wirklichkeit diese 800

Millionen mühsam in Kärnten erarbeitet haben, mit deren Zustimmung wir ein hohes Maß an Vertrauen haben oder wir sie zu vertreten ein hohes Maß an Vertrauen in Anspruch nehmen. Ich danke und hoffe darauf, daß die Kärntner Steuerzahler und Steuerzahlerinnen diese heute getroffene Initiative und unseren folgenden Beschluß nicht bereuen werden, nämlich dann, wenn die vorher erwähnten Punkte auch parteipolitisch außer Streit gestellt werden. Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächster ist Herr Landeshauptmann Dr. Zernatto zu Wort gemeldet!)

Landeshauptmann Dr. Zernatto (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werde Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, aber nachdem dieser heutige gemeinsame Beschluß auf der Basis einer Dreiparteieneinigung zustande gekommen ist, an der auch ich mich bemüht habe, konstruktiv mitzuwirken, halte ich es ganz einfach für angebracht, auch ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen.

Es ist vor allem in den letzten Wortmeldungen schon etwas weniger vom Tourismus, aber etwas mehr vom politischen Klima und vom Umgang miteinander die Rede gewesen. Ich muß ganz offen sagen: Ich war in den letzten Tagen, insbesondere gestern beeindruckt, in welcher konstruktiver Atmosphäre das Parteiengespräch stattgefunden hat. Hier war wenig von dem zu spüren, was jetzt in der einen oder anderen Nebenbemerkung durchgeklungen ist: daß es offensichtlich so etwas wie eine Lust der Abgeordneten an Konfrontation gibt - selbst wenn das allgemeine Klima positiv und konsensbezogen ist. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, aber das dürfte möglicherweise auch damit zusammenhängen, daß bei Parteiengesprächen Medienvertreter nicht anwesend sind und man daher auf gewisse Spielregeln der Selbstdarstellung verzichten kann. Man sollte das nicht übertrieben ernst nehmen. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, all jenen, die am Zustandekommen dieses gemeinsamen Beschlusses beteiligt waren, danke zu sagen. Dies nicht so sehr im

Dr. Zernatto

persönlichen Namen, obwohl es auch mich als Finanzreferent gefreut hat - das sage ich ganz offen -, daß in einer Phase der Budgetkonsolidierung, in einer Phase, in der man sich darüber zu unterhalten hat, wo Mittel eingespart werden müssen, möglich ist, konstruktiv über ein wirklich intelligentes Sparen zu reden. Es geht nämlich darum, gleichzeitig anzuerkennen, daß Sparen allein nicht das Ziel sein kann, sondern daß es notwendig ist, trotzdem politische Spielräume offen zu halten und Schwerpunkte zu setzen, um in dem Land wichtige und wesentliche Strukturveränderungen in die richtige Richtung bewegen zu helfen. Deshalb glaube ich, daß dieser heutige Beschluß mehr ist als sozusagen nur ein Brief und Siegel für die doch noch vorhandene Fähigkeit, miteinander zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Vielmehr ist es ein deutliches Signal, vor allem in Richtung der Wirtschaft dieses Landes, daß man ihre Probleme ernst nimmt und bereit ist, auch einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Dieser Beitrag ist nicht nur im Bereich der Zurverfügungstellung finanzieller Mittel zu sehen, sondern ist auch ein Beitrag dahingehend, daß man sich anbietet - das ist wichtig und notwendig - von seiten der Politik als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen, um dort, wo auf betrieblicher oder regionaler Ebene die Probleme allein nicht gelöst werden können, auch Ideen einfließen zu lassen. Das ist auch der Grund dafür, warum ich mich eigentlich leichten Herzens entschlossen habe, nachdem dieses Klima sich spürbar ausgebreitet hat, Kollegen Grasser zu beauftragen, auch in jenen Gremien, die direkt mit dem Tourismus im Zusammenhang stehen, an meiner Statt die wesentlichen Beschlüsse mit herbeizuführen und diesen Gesprächspartner abzugeben. Denn ich glaube, daß es letztlich auch eine Frage der Glaubwürdigkeit dieses neuen Klimas der Zusammenarbeit sein soll, daß man sich ein gewisses Maß an Vertrauen gegenüberbringt. Ich sage das jetzt als ehemaliger Tourismusreferent: Es muß gar nicht besonders betont werden, daß wir das Thema "Tourismus" aus dem politischen Tagesstreit heraushalten wollen. Das war eigentlich auch in den letzten Jahren nicht Inhalt des politischen Tagesstreites, sondern gerade in diesem Bereich hat man sich

immer schon bemüht, nach Möglichkeit einen breiten Konsens in wesentlichen Fragen und Veränderungen zu finden, was auch meistens gelungen ist.

Ich möchte aber dieses Vertrauen, das hier nicht nur dem Tourismusreferenten gegenüber eingebracht wird, sondern letztlich auch allen Abgeordneten dieses Hauses, daß diese Vorwegnahme budgetärer Entscheidungen nicht nur für das Budget 1996, sondern auch weit darüber hinaus (bis zum Jahr 1999), für einen ganz speziellen Bereich des Budgets schon auch das Vertrauen voraussetzt, daß man von allen Seiten in derselben Einigkeit bereit ist, die Beschlüsse zu diesem Teil des Budgets auch gemeinsam zu tragen. Denn alles andere würde dieses Vertrauen erschüttern. Das sage ich ganz offen. Ich habe heute auch mit Freude zur Kenntnis genommen, daß nicht nur der dementsprechende Passus im Antrag einstimmig zur Kenntnis genommen wurde, sondern auch in den Wortmeldungen der Damen und Herren Abgeordneten zum Ausdruck gekommen ist, daß mit diesem Beschluß auch die Bereitschaft verbunden ist, im Rahmen notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen - um jene Spielräume überhaupt zu schaffen, die wir heute vorweg bereits mit Verwendungsüberlegungen ausgefüllt haben -, diese Spielräume auch zusammen zu schaffen.

Ich glaube, daß man in diesem Zusammenhang auch aufhören sollte, sich gegenseitig zu erklären, wer wann, wo und in welcher Form Urlaub machen oder nicht machen sollte. Ich glaube, jeder weiß in seinem Bereich sehr genau, wie schwierig all diese Fragen sind und wie zeitaufwendig sie sind. Jeder muß sich die Zeit dazu auch nehmen! Das wäre für mich auch ein Beitrag zu einem etwas anderem Miteinandergehen: daß man Kritik in jenem Bereich ansiedelt, wo sie angebracht ist, nämlich in der sachlichen Auseinandersetzung über Lösungsansätze und vielleicht ein bißchen die persönlichen Bereiche aus dem Spiel läßt. Aber das ist nur eine persönliche Anmerkung von meiner Seite.

Fest steht - und ich würde mich darüber freuen, wenn nicht "Blut und Tränen" fließen müßten -, daß wird heute gemeinsam dafür Sorge tragen wollen, daß, wenn aus den bekannten Gründen

Dr. Zernatto

schon nicht Milch und Honig für den Kärntner Tourismus fließen werden, jedenfalls ein Beitrag dazu geleistet wird, daß die tüchtigen Unternehmer des Kärntner Tourismus und ihre leistungsbereiten Mitarbeiter ein Signal erhalten. Es ist ein Signal, daß es sinnvoll ist, auch im eigenen Bereich Aktivitäten zu setzen und mit einem begründeten Vertrauen in die Politik dieses Landes und in die Gestaltung der Rahmenbedingungen auch im eigenen Bereich tätig zu werden. *(Beifall im Hause)*

Ich möchte in dem Zusammenhang auch die Bereitschaft der Wirtschaft einfordern, sich hier zu beteiligen und auch fähig zu sein, zu einem Konsens zu kommen: sei es, was gemeinsame Strategien in den einzelnen Regionen anlangt und sei es, was Kooperationsmodelle anlangt. Diese werden aus meiner Sicht unabdingbar notwendig sein, um vor allem auch die Kärntner Tourismusgesellschaft, die im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit eine wesentliche Hauptaufgabe zu erfüllen hat, in ihren Intentionen zu unterstützen und hier ergänzend tätig zu werden - aber nicht da oder dort eher kontraproduktiv zu agieren! Das vielleicht ganz kurz von meiner Seite zu diesem heutigen Thema.

Das, was für mich sich für die Zukunft daraus ergibt, ist in der Wortmeldung vom Kollegen Strutz schon angeklungen. Wir sollten uns wirklich bewußt sein, daß der Tourismus nicht das einzige Thema in diesem Lande ist, das diesen Konsens benötigt, wenn wir uns entsprechend behaupten können wollen. Vom Umweltvertrag war bereits die Rede. Das ist zweifellos ein solches Thema. Aber es gibt darüber hinaus im Bereich der Entwicklung unseres Gesundheitssystems, im Bereich aber auch unserer Beziehungen zum Bund entsprechende Themen. Ich erinnere nur an die in den heutigen Medien wiederaufgeflamte Diskussion zur Weiterentwicklung der Nahverkehrssituation in Kärnten. Auch hier wird es notwendig sein, in einem breiten Konsens klarzumachen, daß dieses Land nicht jedesmal eine Region sein kann, die aufgrund bundesbudgetärer Probleme in Zahlungsverpflichtung genommen wird und damit die Möglichkeiten und Spielräume, die wir dringend im Lande benötigen, weiter eingeschränkt werden.

Ich würde daher auch ersuchen, daß wir gerade in dieser Frage - hier herrscht mit dem Verkehrsreferenten, der gleichzeitig Tourismusreferent ist, durchaus Übereinstimmung -, in einer sehr dezidierten Art und Weise die Gespräche mit Bund und ÖBB führen werden und auf dort sehr überzeugende Argumente, wie man meint, die heute in den Medien angeführt wurden, schon mit einer klaren Ablehnung solcher Vorgangsweisen reagieren sollte.

In diesem Sinne, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, hoffe ich tatsächlich, daß es möglich ist, in einer konstruktiven Art und Weise an die schwierige Erstellung des Budgets 1996 heranzugehen. Die Einladung, die Sie zumindestens verbal heute bereits angenommen haben, dabei mitzuwirken, steht selbstverständlich auch von meiner Seite. Ich hoffe, daß wir in einer ähnlich friedlichen Atmosphäre auch über das Budget 1996 hier im Hause werden diskutieren können. Dankeschön. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Die Rednerliste ist erschöpft. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort.)

Berichterstatter Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

Herr Präsident! Hohes Haus! der Landtag hat heute mit der Beschlußfassung dieses gemeinsamen Antrages erst einen Teil der Aufgaben für den Kärntner Tourismus erledigt, denn von zehn Anträgen können heute praktisch sechs als erledigt betrachtet werden. Ich hoffe, daß die Sachlichkeit und das gemeinsame Wollen auch bei der Lösung der noch offenen Probleme des Kärntner Tourismus beobachtet werden kann.

Ich bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Der Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. in den Entwürfen der Voranschläge der Jahre 1996 bis 1999 jeweils zusätzlich zu den bisherigen Mitteln des KWF (Voranschlag 1995) für den Ausbau der

Dipl.-Ing. Freunschlag

- Tourismusbauinfrastruktur 50 Millionen Schilling vorzusehen, wobei die Kärntner Bergbahnen- und Bergstraßen GmbH in die Lage versetzt werden sollen, ein Beteiligungskapital von 300 Millionen Schilling im Darlehenswege aufzunehmen, was bei den derzeitigen Konditionen für ein Darlehen mit zehnjähriger Laufzeit einen Zinsendienst in der Höhe von ca. 20 Millionen Schilling bedeutet. Die Landesregierung wird ermächtigt, eine Garantieerklärung für dieses Darlehen abzugeben;
2. die Vereinbarung mit dem KWF hinsichtlich der Bindung von Sondermitteln nach § 5 des Wirtschaftsförderungsfondsgesetzes dahingehend zu ändern, daß in den Jahren 1995 bis 1999 jeweils 20 Millionen Schilling zweckgebunden für die Tourismusbauinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden;
 3. im Entwurf eines Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1995 für die KTG zur Verstärkung ihrer bisherigen Aktivitäten (Marketing und Verkaufsförderung) 5 Millionen Schilling zusätzlich vorzusehen und in den Entwürfen der Voranschläge 1996 bis 1999 hierfür jeweils 10 Millionen Schilling zusätzlich (d. h. 1995 insgesamt 70 Millionen und von 1996 bis 1999 jeweils 75 Millionen Schilling) vorzusehen;
 4. im Entwurf eines Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1995 weiters zusätzlich 5 Millionen Schilling und in den Entwürfen der Voranschläge 1996 bis 1999 jeweils 10 Millionen Schilling zusätzlich für Regionalisierungsmaßnahmen im Fremdenverkehr vorzusehen;
 5. dem Landtag für die Jahre 1996 bis 1999 ein Konzept über den Einsatz von Landeshaftungen mit einem Gesamtvolumen von 50 Millionen Schilling pro Jahr vorzulegen, das subsidiär auf die Unterstützung der Sanierung touristischer Leitbetriebe sowie auf Tourismusbauinfrastrukturunternehmen und deren Investitionen abzielt;
 6. bei der Erstellung der Entwürfe der zukünftigen Voranschläge für die Jahre 1996 bis 1999 durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen den

notwendigen Spielraum für die in den Punkten 1 bis 5 angeführten Maßnahmen zu schaffen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

5. Ldtgs.Zl. 350-2/27:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Umweltpolitik und Gemeindepolitik zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem der Marktgemeinde Radenthein das Recht zur Führung der Bezeichnung "Stadtgemeinde" verliehen wird
./ mit Gesetzentwurf**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Berichtersteller ist der Abgeordnete Koschitz; ich bitte ihn zu berichten.

Berichtersteller Abgeordneter **Koschitz** (SPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Wie Sie wissen, gibt es einen einstimmigen Beschluß des Ausschusses für Umwelt- und Gemeindepolitik von heute vormittag, daß der Marktgemeinde Radenthein das Recht verliehen wird, die Bezeichnung "Stadtgemeinde" zu führen. Es hat dazu einige Erhebungen dahingehend gegeben:

Durch die Erhebung der Marktgemeinde zur Stadtgemeinde soll ihre besondere Bedeutung hervorgehoben werden, wobei örtliche, historische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte zu berücksichtigen sind. Aus der Sicht der Raumplanung ist maßgeblich für die Berechtigung zur Führung der Bezeichnung "Stadtgemeinde" die Zentralität einer Siedlung, die die Bevölkerung neben dem täglichen Bedarf auch mit den gehobenen längerfristigen Diensten und Einrichtungen versorgt, welche sich in gesetzliche und privatwirtschaftliche Dienstleistungen gliedern. Die neue Stadtgemeinde hat mehr als 20 Vereine, sorgt für kulturelle Aktivitäten zur Abwicklung von

Koschitz

Großveranstaltungen, stellt Räumlichkeiten sowie Kultur- und Rathaus in Radenthein, Döbriach usw. zur Verfügung und hat Fußballfelder, drei Tennisplätze, Weitsprunganlagen und sogar, worum sie jede andere Stadt beneidet, eine Kugelstoßanlage, Laufbahnen, Basketballplatz und vieles andere mehr. Diese Gemeinde ist mehr als würdig, daß sie wirklich eine Stadtgemeinde wird.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Als unmittelbarer Nachbar, der es in die künftige Stadt Radenthein näher haben wird als in die eigene Bezirkshauptstadt, stelle ich mich mit herzlichen Glückwünschen des freiheitlichen Landtagsklubs zur Stadterhebung ein. *(Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)*

Am Anfang steht immer eine Idee. Wenn es dann auch einen Erfolg gibt, dann gibt es Väter sonder Zahl, und ich bin davon überzeugt, daß auch in diesem Fall die Zahl der Väter noch im Steigen begriffen sein wird. Ich erachte es daher als eine Verpflichtung, die Namen jener zu nennen, die mit ihrer Vision der "Stadt" Radenthein die Schritte eingeleitet haben, die zu dieser Beschlußfassung heute führen können, die Überzeugungsarbeit geleistet und die für die Verwirklichung gekämpft haben.

Unbestritten an der Spitze dabei zu nennen ist der Name des Herrn Hermann Ofner, Mitglied des Gemeinderates, der, unterstützt durch die Wirtschaft der gesamten Region, die entsprechenden Schritte eingeleitet, die Anträge gestellt, die Idee weitergetragen und der auch durch unwiderlegbare Argumente diese Idee bis zur Verwirklichung, die er heute erleben darf, gebracht hat.

Radenthein ist immerhin die zweitgrößte Gemeinde des Bezirkes Spittal an der Drau, liegt im Schnittpunkt des Gegendtales, des Millistätter See- und des Kirchheimer Tales und ist damit der Hauptort des Nockgebietes. Es ist

wirtschaftliches, kulturelles und, wie wir gehört haben, auch sportliches Zentrum dieser Region.

Durch die Stadterhebung sollte ein sehr positives Image für die gesamte Wirtschaft erreicht werden. Es sollten vor allem Anreize für Jungunternehmer geschaffen und auch Impulse für den eben groß besprochenen Tourismus in einer sehr schwierigen Zeit sollten gelegt werden. Es sollten auch die Chancen erhöht werden können, daß Radenthein die lange geforderten Fachärzte bekommt. Insgesamt ist so eine Stadterhebung - und im Falle von Radenthein wird das nicht anders sein - dazu angetan, das Selbstbewußtsein der Menschen dieser ganzen Region dort zu heben.

Die Skepsis, die anfangs vor Ort geherrscht hat und die oft geäußerten Bedenken, daß durch die Stadterhebung eigentlich nicht viel erreicht werden kann, hat ein weiterer Mann auf die positive Schiene gebracht und kräftig auch hier in Klagenfurt umgerührt, damit etwas weitergeht. Deshalb, lieber Franz Schwager, darf ich dir für deinen Einsatz dafür auch sehr herzlich danken. *(Beifall von der F-Fraktion. - Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)*

Mit unserer Zustimmung hier im Hause, meine sehr geehrten Damen und Herren, verbinden wir aber auch die Hoffnung, *(Weitere lebhaftes Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)* daß mit der Stadterhebung auch in die Radentheiner Gemeindestube wieder der Geist des konstruktiven Miteinander einziehen wird und den Menschen in dieser nunmehrigen Stadt mit dieser Vorbildwirkung und trotz des immer noch ungelösten Problems der Kunststoffverbrennung geholfen wird, über alles Trennende das Verbindende zu suchen.

Nach Spittal an der Drau, das 1930 im selben Jahr, in dem Radenthein das Marktrecht bekommen hat, zur Stadt geworden ist, bekommt der Bezirk Spittal nach Gmünd, der zweitältesten Stadt Kärntens, nunmehr eine dritte Stadt. Der jüngsten EU-Stadt, der bisherigen Marktgemeinde Radenthein, daher ein herzliches Glückauf in eine gute und friedliche Zukunft. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf auch namens der sozialdemokratischen Fraktion der zukünftigen Stadt Radenthein und vor allem den dortigen Menschen recht herzlich gratulieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Diese Stadterhebung bringt natürlich für die, welche das beschlossen haben, ob das jetzt der Landtag oder die Kärntner Landesregierung ist, auch Verpflichtungen. Eine derzeit noch vorhandene vor der Beschlußfassung genannte Marktgemeinde Radenthein hat ihre Probleme und Sorgen, die es auch dort gibt, so im Zusammenhang mit der Industrie, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wie es in Zukunft in der Radex ausschauen wird, wieviele Beschäftigte wir haben können, welche Möglichkeiten es für diese Stadt in Zukunft geben wird, daß wir Flächen für Gewerbeansiedlung und Entwicklungen in diese Richtung haben. Dafür wird die Unterstützung der Steuerzahler und damit auch die Unterstützung der Verantwortlichen im Lande erforderlich sein. Dieser einstimmige Regierungsbeschluß und auch der heute anzunehmende einstimmige Beschluß im Kärntner Landtag sind für die Menschen in dieser Region sehr wichtig, die es sicher in der letzten Zeit nicht leicht gehabt haben.

Ich glaube, daß das ein Signal für ein neues Radenthein, für eine neue Stadt im Bezirk Spittal an der Drau ist, ein Signal einer Umstrukturierung und trotzdem ein Signal dahingehend, daß die Industrie, die die Marktgemeinde geprägt, die den Menschen dort Brot und Einkommen gegeben und die die Region um Radenthein herum reicher gemacht hat, nicht verdammt werden darf, sondern im Rahmen der gesetzlichen Ebene ihre Unterstützung haben muß, damit sie weiter bestehen kann. Denn Industrie- und Gewerbebearbeitungsplätze sind der wesentlichste Faktor, wenn es darum geht, wie die Einkommen in den Regionen ausschauen. Alles andere wie Tourismus usw. ist auch sehr wichtig, ist die Ergänzung, aber das Gemeinsame prägt dann eine Stadt. Eine Stadt braucht eben eine eigene Finanzkraft und es ist für die nächste Zeit unsere Aufgabe, im Rahmen der Möglichkeiten seitens des Landes Kärnten mitzuhelfen.

Den Menschen in Radenthein und all jenen, die mitgewirkt haben, daß es zu diesem positiven Beschluß gekommen ist, ein herzliches Glückauf und allen, die dabei mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Als nächste hat sich Frau Abgeordnete Bürgermeister Herbrich gemeldet; ich erteile ihr das Wort. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das ist aber eine Überraschung!)*

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich bedanke mich bei den beiden Vorrednern für ihre sehr, sehr netten Worte und Glückwünsche, die sie der jüngsten Stadt Kärntens und der jüngsten Stadt Europas wahrscheinlich auf den Weg mitgeben in ihre Zukunft. Ich möchte meine Wortmeldung ein wenig geschichtlich dokumentiert aufziehen, damit Sie wissen, was Radenthein in der Vergangenheit war und was Radenthein in der jüngsten Vergangenheit für eine Bedeutung für die Kärntner Wirtschaft und Politik gehabt hat. Historisch gesehen gehörte Radenthein zum Stift Millstatt, in weiterer Folge ein Teil Radentheins zur Herrschaft Lodrons, d.h. dem Erzbistum Salzburg. Radenthein wird als Wort das erste Mal im 7. Jh. erwähnt, heißt übersetzt Ratethin und bedeutet übersetzt liebeliche Gegend. Der Ortsteil Töplitz heißt warme Quelle und weist darauf hin, daß es in der Gegend Radentheins schon vor Bad Kleinkirchheim unter Umständen Vorkommen von warmen Wassern und warmen Quellen gegeben hat.

Die Bedeutung Radentheins in der vorgeschichtlichen Zeit ist vielleicht nicht so, wie es andere Städte in Kärnten haben. Ich denke hier an Gmünd, an Friesach, ich denke auch an andere Städte wie Bleiburg etc. Die Bedeutung fängt an mit der Jahrhundertwende, als 1904 der Kärntner Bergbeamte Dr. Karnaval darauf aufmerksam gemacht hat, daß es in Kärnten zwei sehr wesentliche

Mag. Herbrich

Magnesitvorkommen geben könnte. Eines sei Trageil bei Paternion und das zweite im Raume Radenthein. Daraufhin haben zwei Bergführer beschlossen, dieses Magnesitvorkommen zu suchen und haben 1908 dieses Magnesitvorkommen auf der Millstätter Alpe auch tatsächlich gefunden. Mit diesem Datum, 1908, begann der steile wirtschaftliche Aufschwung der Marktgemeinde Radenthein, der letztlich von einer Bevölkerungszahl von rund 1.000 heute zu 6.853 Einwohnern verholphen hat. Die Firma mit ihrer wechselvollen Geschichte hat natürlich wesentlich das gesamte Ortsbild mitgestaltet und mitfinanziert. Die Firma hat in früheren Zeiten als sozial sehr gut eingestelltes Unternehmen den Kindergarten finanziert, war sehr wesentlich an der Gestaltung der Schulen beteiligt, war sehr wesentlich an den Straßengestaltungen in Radenthein und insgesamt hat die Firma in guten Zeiten sehr, sehr viel Geld in die Marktgemeinde Radenthein aus ihrer eigenen Kasse investiert. Letztlich besitzt die Marktgemeinde Radenthein im Bereich der Millstätter Straße die größte Sportanlage Kärntens mit einem Ausmaß von 5 ha, die sich im übrigen im Besitz der Magnesitwerke befindet. Die Radentheiner haben dies praktisch nur gepachtet, aber trotzdem sieht man, daß in guten Zeiten die österreichisch-amerikanische Magnesit sehr wohl in der Lage und es bis heute geblieben ist, die Marktgemeinde Radenthein in ihrem Bemühen für den Ort und die Infrastruktur etwas zu tun und zu unterstützen.

Mein Vorredner, Präsident Unterrieder, hat sehr deutlich darauf hingewiesen, daß es zu unserem Wohl der Marktgemeinde Radenthein, der künftigen Stadt Radenthein sehr wichtig sein wird, diese Ganzjahresarbeitsplätze, die die Magnesit bietet, auch in weiterer Folge zu erhalten. Es ist uns aber sicher auch der Tourismus, nachdem wir heute in weiterer Folge eine Tourismusdebatte haben, als zweites Standbein sehr willkommen. Der Tourismus in Radenthein begann in den 40er Jahren und 1954 wurde im Ortsteil Döbriach erstmals eine Touristengesellschaft gegründet. Der Tourismus in Radenthein wurde ursprünglich von den Beschäftigten in der Veitsch Radex mehr oder weniger mitbegründet, indem sehr viele Damen und Herren ihre Häuser für den Privatzimmerbereich gebaut haben und diese Häuser

natürlich dem Tourismus zur Verfügung gestellt haben. Der Tourismus in unserer Gegend wurde sehr wesentlich von der Firma mitgestaltet, es wäre auch Bad Kleinkirchheim ohne die Firma in Radenthein nicht möglich gewesen. Die ersten Liftanlagen in Kleinkirchheim wurden auf Betreiben des damaligen Generaldirektors Dr. Wick gebaut und errichtet. Man kann sich vorstellen, wenn es diese Firma in diesem Gebiet nicht gegeben hätte, wäre wahrscheinlich sehr vieles, was mit großen finanziellen Anstrengungen nur möglich ist, nicht geschehen.

Der Tourismus in Radenthein ist uns ein willkommenes Standbein, wir haben immerhin 460.000 Übernachtungen, wobei allerdings 430.000 im Sommer und rund 30.000 im Winter stattfinden. D.h. wir sind eigentlich ein reines Sommertourismusgebiet. Wir haben aber darüberhinaus, wie der Name Radenthein, wie ich es Ihnen am Beginn schon gesagt habe, eine liebliche Gegend, auch wenn Sie es nicht glauben wollen, meine Damen und Herren. Wir haben in Teilbereichen des Ortes Radenthein, ich spreche hier vor allem die Ortsteile St. Peter und Kanig an, eine wunderbare Gegend und wir sind mit dem Ortsteil Kanig auch Nationalparkgemeinde, sodaß wir hier sicher auf wunderbare natürliche Ressourcen verweisen können und sehr stolz darauf sein können, daß es ein Ort ist, der es in den Jahrzehnten verstanden hat, Industrie, Tourismus und Natur miteinander zu verbinden und daß es bis heute gelungen ist. Radenthein besitzt immer hin noch 242 Bauern, davon 47 alleine in Radenthein und man kann daraus sehen, daß sich auch die Landwirtschaft in den Teilbereichen in unserem Ort sehr, sehr wohl fühlt.

Ich möchte meine kurzen Ausführungen schließen mit einem Danke an die Regierung, daß sie einstimmig beschlossen hat, die Marktgemeinde Radenthein zur Stadt zu erheben. Ich möchte ein Danke sagen an die Beamten, die wesentliche Vorarbeit geleistet haben, ich möchte ein Danke sagen an den Ausschuß, der heute in einer kurzfristig einberufenen Sitzung mit einem einstimmigen Beschluß dieses heutigen Datum für die Marktgemeinde, für die künftige Stadt Radenthein ermöglicht hat. Ich danke Ihnen allen für Ihre Glückwünsche und ich hoffe, daß dieses

Mag. Herbrich

Klima, das sich heute schon ein wenig angekündigt hat, das Klima des Gemeinsamen, so wie es Kollege Gallo gesagt hat, auch wieder in Radentheiner Gemeinderat, dem künftigen Stadtrat einstellen wird. Ich danke Ihnen vielmals. *(Beifall im Hause.)*

(Vors. 2. Präs. DI. Freunschlag: Als nächster hat sich Abgeordneter Schwager zu Wort gemeldet. - Abg. Schwager: Zum nächsten Tagesordnungspunkt! - Vors. 2. Präs. DI. Freunschlag: Bitte, also zum nächsten Tagesordnungspunkt. Es liegt somit keine Wortmeldung mehr vor und ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.)

Berichterstatter Abgeordneter **Koschitz** (SPÖ):

Als Bürgermeister der ältesten Stadt Kärntens, Friesach, darf ich der jüngsten Stadt recht herzlich gratulieren. Ich kann Dir heute schon das Versprechen abgeben, sollte ein großer Umzug sein, als älteste Stadt werden wir natürlich dort anwesend sein. Ich verzichte auf das weitere Schlußwort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen. - Berichterstatter:)

§ 1

Der Marktgemeinde Radenthein wird das Recht zur Führung der Bezeichnung "Stadtgemeinde" verliehen.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

Kopf und Eingang:

Gesetz vom 14.7.1995, mit dem der Marktgemeinde Radenthein das Recht zur Führung der Bezeichnung "Stadtgemeinde" verliehen wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

3. Lesung:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem der Marktgemeinde Radenthein das Recht zur Führung der Bezeichnung "Stadtgemeinde" verliehen wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich darf auch der Stadtbürgermeisterin recht herzlich gratulieren. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

6. Ldtgs.Zl. 320-2/27:

**Bericht und Antrag des Land- und Forstwirtschaftsausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Feldschutzgesetz 1969 aufgehoben wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ramsbacher. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Land- und Forstwirtschaftsausschuß ist die erste Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident! In der Sitzung vom 13. Juli 1995, also gestern, gab es eine einstimmige Annahme, man möge den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Feldschutzgesetz 1969 aufgehoben wird, die Zustimmung erteilen. Dieses Feldschutzgesetz resultiert aus dem Jahre 1952, wurde 1969 novelliert und in der Begründung steht insbesondere drin, das Feldschutzgesetz enthält Schutzbestimmungen zugunsten des Feldgutes, wie Äcker, Wiesen, Weiden, Gärten, Bienen, Feld- und Almhütten, Fischteichen, Feldwege, Saaten, Landwirtschaften, Geräte und Weidevieh. Übertretungen der Schutzbe-

Ramsbacher

stimmungen werden verwaltungsstrafrechtlich geahndet. Es können insbesondere Feldhüter zur Aufsicht bestellt werden. Dazu wurde in der Diskussion bemerkt, daß es insgesamt nur mehr 4 bis 5 Feldhüter im Bezirk Spittal gibt, die von den Gemeinden bestellt wurden. Aus heutiger Sicht handelt es sich bei diesen Bestimmungen zum Großteil um Bagatelldelikte, die überdies durch zahlreiche Vorschriften auf den Gebieten des Verwaltungsrechts, des Strafrechts und des Zivilrechts geregelt sind. Es finden sich im Strafrecht Delikte wie Diebstahl, Sachbeschädigung, Eingriff in fremde Jagd- und Fischereirechte und deren Entwendung. Auf dem Gebiet des Zivilrechtes kann sich der Geschädigte vor allem mit Hilfe von Besitzstörung- und Schadenersatzklagen zur Wehr setzen. Das Verwaltungsstrafrecht verbietet im § 13 Naturschutzgesetz die Ablagerung von Müll, Unrat, Autowracks und sonstigen Abfällen in der freien Landschaft. Verbotes Verbrennen im Freien findet sich im Luftreinhaltungsgesetz, der Feuerpolizeiordnung, der Pflanzenschutzverordnung, im Bundesgesetz über das Verbrennen biologischer Materialien.

Im Begutachtungsverfahren wurden von keiner Seite, auch nicht von Seiten des Bundes Einwendungen gegen die Aufhebung dieses Gesetzes vorgetragen. Im Gegenteil, erfuhr das Feldschutzgesetz aus dem Rechtsbestand ersatzlos entfallen zu lassen, breite Zustimmung, nachdem es sich bei diesen Vorschriften um überholte Tatbestände, die in der Praxis kaum Anwendung finden und die überdies subsidären anderen Rechtsvorschriften geregelt sind, handelt. Der Kärntner Gemeindebund bemerkte in der Stellungnahme vom 2. März 1993, daß aufgrund einer Umfrage in den Kärntner Gemeinden festgestellt wurde, daß die überwiegende Mehrheit, also nicht alle, aber doch die überwiegende Mehrheit der Gemeinden von dieser Rechtsmaterie seit Jahrzehnten keinen Gebrauch machen. Derzeit sind lediglich im Bezirk Spittal Feldhüter bestellt. Lediglich die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Kärnten sprach sich gegen die Aufhebung des Feldschutzgesetzes aus und regte an, die ersatzlose Aufhebung des Feldschutzgesetzes einer nochmaligen Überlegung zuzuführen.

Auch gestern in der Ausschußsitzung wurde, da ohnedies anwesend, der Kammeramtsdirektor befragt über das Feldschutzgesetz. Da er aber nicht vorbereitet war, konnte er lediglich die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer vortragen. Es gab daraufhin eine Diskussion, um eine nochmalige Befragung der Landwirtschaftskammer. Abschließend jedoch muß ich aus dem Ausschuß berichten, daß einstimmig die Zuweisung an den Landtag beschlossen wurde.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte.)

Abgeordneter **Schwager** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es hat der Berichterstatter berichtet, daß sich dieses Feldschutzgesetz von 1952 und in der Novelle von 1969 mehr oder weniger nur mehr im Bezirk Spittal seine Anwendung findet, daß nur mehr im Bezirk Spittal Feldhüter bestellt werden. Er hat auch berichtet, daß eine Entrümpelung der Kärntner Landesgesetze die Grundlage für die Aufhebung dieses Feldschutzgesetzes ist. Ich habe eine Bitte an den Kärntner Landtag, die lautet, daß es eine ganze Reihe von Gesetzen gibt, die entrümpelt gehören. Einige sind heute schon angesprochen worden bei der Tourismusdebatte. Ich möchte aber doch bitten, ein Gesetz, was das Kärntner Oberland betrifft, wo eben dieses Feldschutzgesetz noch eine gewisse Tradition hat, nicht dort mit der Entrümpelung zu beginnen. Die Stellungnahme der Kärntner Landwirtschaftskammer ist negativ. Die Landwirtschaftskammer hat ein Gutachten 1991 und 1993 abgegeben. Meine Bitte an Sie ist, die Aufhebung dieses Gesetzes nochmals an den Ausschuß rückzuverweisen für Angelegenheit der Land- und Forstwirtschaft, damit wir uns dies noch einmal genau anschauen können und unter Umständen von der Kammer noch einmal eine aktuelle Stellungnahme verlangen.

Es spricht, glaube ich, nichts dagegen und es ist keine Notwendigkeit, daß wir heute unbedingt dieses Gesetz schon aufheben müssen. Dies können wir, wenn wir zur Einsicht kommen, auch noch im Herbst machen. Also ich beantrage die

Schwager

Rückverweisung in den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Danke! - Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Es ist ein Antrag auf Rückverweisung in den Ausschuß gestellt worden. Ich darf darüber abstimmen lassen, ob der Hohe Landtag damit einverstanden ist. Wer damit einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die Mehrheit! Infolgedessen darf ich den Berichterstatter um das Schlußwort ersuchen!

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen. - Der Vorsitzende eröffnet die Spezialdebatte.)

Berichterstatter Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Das Feldschutzgesetz 1969, LGBl. Nr. 62, wird aufgehoben.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird mehrheitlich angenommen. - Abg. Schwager: Mit Mehrheit, denn ich bin eine Gegenstimme! - Berichterstatter:)

Gesetz vom 14. Juli 1995, mit dem das Feldschutzgesetz 1969 aufgehoben wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Kopf und Eingang werden mehrheitlich angenommen. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Feldschutzgesetz 1969 aufgehoben wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. - Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 294-2/27:**Bericht und Antrag des Land- und Forstwirtschaftsausschusses betreffend das Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention von 1991 im Bereich der Berglandwirtschaft**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ramsbacher. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Hoher Landtag! Auch in der gestrigen Agrarschußsitzung wurde einstimmig beschlossen, die Alpenkonvention, im besonderen das "Protokoll Berglandwirtschaft" dem Hohen Landtag zuzuweisen.

Dieses "Protokoll Berglandwirtschaft" wurde insbesondere von der ZIPRA Österreich bei der Jahresversammlung am 23. März 1995 in Gmunden beschlossen und dort auch der Wunsch geäußert, daß sich weitere Bundesländer dieser Unterstützung anschließen könnten. Denn die Umsetzung der Protokolle geht selbstverständlich in erster Linie die Bundesländer an. Deshalb ist es auch wichtig, daß gerade im Landtag Beschlüsse gefaßt werden, die die Ziele dieser Alpenkonvention vorgeben.

Ich darf Ihnen kurz den Artikel 1 vorlesen. Dieses Protokoll bestimmt Maßnahmen auf internationaler Ebene. Damit ist eine Vereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich, Italien, Fürstentum Liechtenstein, Fürstentum Monaco, Österreich, Schweiz, Slowenien und vor allem der Europäischen Gemeinschaft geschlossen worden. Diese Ziele umfassen eine standortgerechte und umweltverträgliche Berglandwirtschaft so zu erhalten und zu fördern, daß ihr wesentlicher Beitrag zur Besiedelung und nachhaltiger Bewirtschaftung insbesondere durch Erzeugung von typi-

Ramsbacher

schen Qualitätsprodukten, zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, zum Schutz vor Naturgefahren, zur Wahrung der Schönheit und des Erholungswertes der Natur- und Kulturlandschaft sowie zur Kultur im Alpenraum dauerhaft anerkannt und gewährleistet wird.

Das ist sicherlich eine hohe Zielsetzung, die gerade im Alpenbogen von diesen Ländern anerkannt ist und durch viel Formulierung, durch viel Vorarbeit in den Arbeitsausschüssen erarbeitet worden ist. Dafür ist ihnen und auch den Landesvertretern zu danken. Für Kärnten ist auch Dr. Graze dabei gewesen, der bei der Formulierung mitgewirkt hat.

Im Artikel 2 ist die Berücksichtigung der Ziele in den anderen Politiken verankert. Das heißt, daß grundsätzlich, so wie im Artikel 5, auch die Beteiligung der Gebietskörperschaften abverlangt wird. Jede Vertragspartei wählt im Rahmen der geltenden staatlichen Ordnung die für die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den unmittelbar betroffenen Institutionen und Gebietskörperschaften am besten geeignete Ebene. Das heißt, auch auf Gemeindeebene, auf Bezirksebene und auf Landesebene sollen sich die Ziele der Berglandwirtschaft durchsetzen, um einen Rahmen zu geben, unter dem die Politiken und vor allem die Agrarpolitik durchgeführt werden.

Im Kapitel 2 ist die Förderung der Berglandwirtschaft beschrieben; im Artikel 8 die Raumplanung und die Kulturlandschaft, vor allem in welchem Raum sich die Landwirtschaft zu entwickeln hat. Dabei wird sogar auf Details eingegangen, wie landwirtschaftliche Bauelemente sich zusammensetzen sollen; von der weiteren Anwendung von Holz; von traditionellen Hofanlagen usw. Im Artikel 9 sind die naturgemäßen Bewirtschaftungsmethoden angeführt. Auch hier kommt uns die EU wesentlich entgegen, nachdem im ÖPUL-Programm, nur als Beispiel bereits festgelegt ist, wieviel GVE pro Hektar sein dürfen, um noch als ökologische Landwirtschaft angesprochen zu werden. Grundsätzlich ist bei der EU im gesamten ÖPUL-Programm nur als Hinweis die Klärschlammasbringung verboten. Wir haben 85 % im Grünlandbereich in Kärnten die am ÖPUL mitbeteiligt sind, so daß uns praktisch die EU entgegenkommt, z. B. in den Bestrebungen

gegen die Klärschlammasbringung generell auch zu helfen. Denn hier ist es wirklich so, daß gerade die ökologische Bedeutung der Berglandwirtschaft besonders hervorgehoben wird und naturgemäße Bewirtschaftungsmethoden und typische Produkte im Artikel 9 beschrieben werden, wo gebietscharakteristische Bewirtschaftungsmethoden und vor allem typische Agrarprodukte unter einzigartigen, naturgemäßen Produktionsbedingungen zu schützen, aufzuwerten und auszuzeichnen sind. Gerade hier, glaube ich, sind wir im besonderen gefordert. Teilweise ist schon sehr viel durchgeführt worden, auch im Rinderbereich.

Im Artikel 10 ist die standortgemäße Viehhaltung, auch die Erhaltung von Haustierrassen - heute in einer Zeitung beschrieben - und die Steilflächenförderung sowie die Bergmahdförderung geregelt. Im Artikel 11 geht es darum, die Vermarktung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten sowie die Herkunftsbezeichnung und die Qualitätsgarantie. Artikel 12 enthält, wie schon erwähnt, die Produktionsbeschränkungen. Nur eine umweltverträgliche Bewirtschaftung der Berggebiete soll berücksichtigt werden. Die Vertragsparteien sind aufgefordert, diese Zielsetzungen zu erreichen.

Land- und Forstwirtschaft als Einheit. Einheit zwischen Forstwirtschaft und Landwirtschaft und Wildbestand. Die Weidewirtschaft und der Wildbestand sollen durch geeignete Maßnahmen so geregelt werden, daß nicht tragbare Schäden im Wald sowie auf landwirtschaftlichen Nutzflächen vermieden werden können. Hier sind im Detail wesentliche Maßnahmen angeführt, die die gesamte Agrarpolitik betreffen und wo wir wirklich mit Stolz sagen können, daß sehr umfangreich gearbeitet wurde. Auch im Artikel 15 ist die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ein Ziel, die Wohn- und Wirtschaftsgebäude auch entsprechend technisch auszurichten.

Zusätzliche Erwerbsquellen und weitergehende Maßnahmen sind im Artikel 3 (Forschung, Bildung und Information) angeführt. Das Kapitel 4 enthält die Kontrolle und Bewertung. Es soll auch einen Zwischenbericht geben: Was haben die einzelnen Länder umgesetzt? Entsprechend

Ramsbacher

den Protokollpflichten wird ein ständiger Ausschuß errichtet, der regelmäßig über die aufgrund dieses Protokolls getroffenen Maßnahmen berichtet. In Innsbruck wurde ein Büro eingerichtet, damit auch eine Überwachung stattfindet.

Im Kapitel 5 sind die Schlußbestimmungen, die Unterzeichnung und die Ratifizierung enthalten. Dieses Kapitel ist bereits unterzeichnet, denn es gilt schon, wenn drei Staaten die Ratifizierung und die Notifizierungen dazu vornehmen.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. - Es liegt keine Wortmeldung vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. - Der Vorsitzende eröffnet die Spezialdebatte. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag bekennt sich zum Protokoll über die Berglandwirtschaft, welches einen Bestandteil des Übereinkommens vom 7. 11. 1991 zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) bildet und wird in seinem Kompetenzbereich bestrebt sein, die Zielsetzungen des Protokolls umzusetzen.

Ich ersuche um Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich danke! Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt. - Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 278-4/27:

Bericht und Antrag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Regierungsvorlage betreffend einen Superädifikats- und Wärmeversorgungsvertrag für die Landwirtschaftliche Fachschule Litzlhof

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Hofer. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Finanz- und Wirtschaftsausschuß ist die erste Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Wie Sie wissen, wurde in der letzten Sitzung des Kärntner Landtages über diesen Tagesordnungspunkt bereits von mir ein Bericht erstattet. Der Landtag hat beschlossen, diesen Verhandlungsgegenstand an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen. Es hat eine neuerliche Beratung darüber stattgefunden. Am Ende hat es auch eine einheitliche Beschlußfassung gegeben.

Ich darf mir jeden weiteren Bericht ersparen und ersuche, alles das, was ich das letztmal gesagt habe, auch heute als gesprochen anzusehen!

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Vors. 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Ich eröffne die Generaldebatte. - Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Gallo. Ich erteile es ihm!)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir vom Freiheitlichen Landtagsklub werden auch weiterhin alle Bemühungen unterstützen, das Kärntner Energiekonzept "Energie 2000" zu verwirklichen, denn es hat sehr gute und hehre Ziele, vor allem hat es den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien zum Ziel. Denn damit verbunden sind insbesondere auch Verminderungen im Schadstoffausstoß und Verbesserungen der Luftqualität.

Deshalb werden wir auch weiterhin den neuen Energiereferenten stoßen, wenn wir meinen, daß Impulse nötig sind, dieses Konzept einer weiteren Verwirklichung zuzuführen.

Wir haben im Ausschuß und auch im Landtag das letztmal deshalb eine Rückverweisung verlangt, weil unserer Meinung nach einige Dinge widersprüchlich sind, vor allem gibt es einen

Dipl.-Ing. Gallo

eklatanten Widerspruch zwischen dem vorgelegten Vertrag und den Erläuterungen dazu. Auch im Vertragstext schienen uns einige Dinge aufklärungsbedürftig.

Es beginnt bereits mit den Vertragspartnern, denn die Firma, die beauftragt werden soll, die Wärmelieferung durchzuführen, hat als Geschäftsführer einen Mann, der allerhand Funktionen und Berufe hat. Unter anderem ist er Lehrer an der Schule und hat sich als Direktor dort beworben. Es könnte der Fall eintreten, daß für Detailverhandlungen der Direktor der Schule mit dem Geschäftsführer der Wärmelieferfirma verhandeln muß. (*Abg. Ing. Rohr: Das wurde schon anders entschieden!*)

Das ist noch nicht so sicher. Ich kenne zwar das eher schlechte Ergebnis für diesen Bewerber in dem Gremium, das bisher getagt hat, aber, Herr Kollege Rohr, Sie wissen, daß dieses Gremium nur eine Empfehlung aussprechen kann (*Zwischenruf des Abg. Schiller.*) und daß es Sache des Schulreferenten sein wird, die Bestellung vorzunehmen. Insofern gebe ich dem vormaligen Schulreferenten und jetzigen Abgeordneten Schiller recht, daß er in weiser Voraussicht damals richtig und gut entschieden hat. Ich hoffe, daß der neue Schulreferent seinem Vorgänger in dieser Entscheidung folgen wird. Vom Geschäftsführer ist auf unser Befragen hin sofort das Angebot gemacht worden, seine Geschäftsführertätigkeit im Falle der Bestellung zum Schulleiter zurückzulegen. Keine Aussage hat er darüber abgegeben, was mit seiner Beteiligung passieren wird, die in dieser Gesellschaft die größte ist.

Für uns war es jedenfalls notwendig, den Vertrag zu durchleuchten, weil wir eines vermeiden wollen, was gerade jüngst wieder in einem Kommentar zu lesen war, daß der Steuerzahler die bittere Erfahrung macht, daß dann, wenn es um Mängel geht, keiner mehr zuständig ist. Ich zitiere wörtlich: "Wenn es politisch eng wird, löst sich Verantwortung in Luft auf. Die Millionen werden von bösen Geistern freigegeben. Möglich ist dies auch deshalb, weil Verträge diffus formuliert werden." Das wollen wir vermeiden. Ich darf die negativen Beispiele der jüngsten Vergangenheit wie Autobahn, Magdalen und Goldeck zitieren.

Ich darf in diesem Vertragstext weiterfahren. Es geht darin von vermutlichen Schreibfehlern, wo die landwirtschaftliche Fachschule Litzlhof als Berufsschule bezeichnet wird, über Dinge, die auch einer kritischen Durchleuchtung bedürfen, nämlich daß der Vertragsrichter, ein renommierter Anwalt, den Wärmeversorger nach dessen eigener Darstellung als Fachmann bezeichnet. Jedenfalls hat die Befragung ergeben, daß er Geschäftsführer ist, Erfahrung hat, aber keine einschlägige Ausbildung besitzt.

Wesentlich gravierender sind die Bestimmungen, die das Objekt der Wärmeversorgung betreffen, denn dieses ist unserer Meinung nach unzureichend definiert. Es wird von einer baulichen Anlage gesprochen, es sollte aber das gesamte Schulgut gemeint sein, denn wir wissen, daß dort Umbaumaßnahmen und Erweiterungen vorgenommen werden sollen und diese sollten in die Wärmeversorgung mit eingeschlossen werden. Unserer Vorstellung nach ist der Wärmelieferungsbeginn und damit auch der Zahlungsbeginn für das Land mit 1. 9. etwas verfrüht angesetzt, denn mit hoher Wahrscheinlichkeit wird dieses Werk bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht funktionieren und auch keine Wärme liefern können. Es liegt aber genügend Öl in den Tanks auf dem Schulgut, so daß die Wärmeversorgung auch weiterhin gewährleistet werden kann.

Der wesentliche Punkt ist aber ein fehlender Passus in diesem Vertrag, der dem Land, das der Schulerhalter ist und das das alles bezahlen muß, sparen helfen soll. Da verstehen wir uns durchaus auch mit dem Herrn Landesfinanzreferenten und Landeshauptmann, daß wir gerne Hinweise liefern, wo gespart werden kann. Das könnte unserer Meinung nach dadurch erfolgen, daß in diesen Vertrag auch eine Abnahmegarantie von Schleifholz und nicht Abfallholz, wie es in den Erläuterungen heißt, aufgenommen wird und auch eine Preisgarantie gegeben werden soll, denn damit würde gewährleistet werden, daß eine gewisse Schräge, eine Einseitigkeit aus diesem Vertrag herausgenommen wird. Wir könnten uns vorstellen, daß die Vertragsergänzung so lauten könnte, daß sich die Biowärmeversorgungs GesmbH verpflichtet, jährlich bis zu 250 Schüttraummeter Hackgut zu einem Preis vom

Dipl.-Ing. Gallo

Schulgut Litzlhof abzunehmen, der 50 % über dem Industriehackgutpreis liegt, welcher unter anderem im "Kärntner Bauer" veröffentlicht wird. Damit würde ein Spareffekt für das Land Kärnten erreicht werden können.

Wenn wir heute zu dem vorliegenden Text des Antrages, daß die Landesregierung ermächtigt wird, einen Superädifikatsvertrag abzuschließen, ja sagen, so beschränkt sich unser Ja ausdrücklich auf diese Zustimmung, nicht aber ist das ein Ja zu diesem vorgelegten Vertrag, wobei noch zu hinterfragen wäre, warum dieser in dieser Ausführlichkeit so vorgelegt worden ist. Wir sagen ja zu der Ermächtigung, aber nicht zu dem vorgelegten detaillierten Vertrag. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Die Rednerliste ist erschöpft. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort.)

Berichterstatter Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Im Rahmen des Schlußwortes darf ich nur feststellen, damit keine Mißverständnisse hier auftreten: Es ist nicht Sache des Landtages, über den Vertragstext zu befinden, sondern der Landtag hat heute lediglich eine Ermächtigung auszusprechen. Der Text ist Angelegenheit der Landesregierung.

Ich bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Der Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Art. 55 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten wird der Kärntner Landesregierung die Ermächtigung zum Abschluß eines Superädifikatsvertrages und einer damit verbundenen grundbücherlichen Einverleibung eines Bestandsrechtes auf der im Eigentum des Landes Kärnten stehenden Liegenschaft EZ 575, Grundstück 128/1, KG 73407 Lendorf, Gesamtausmaß des vom Superädifikat betroffenen Grundstückes 2961 m², für die Biowärmeversorgung GesmbH Lendorf erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Tagesordnung erledigt und ich bitte den Herrn Landtagsdirektor mitzuteilen, was eingelaufen ist.

Mitteilung des Einlaufes

Direktor **Dr. Putz**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Im Einlauf der heutigen Landtagssitzung sind bisher fünf dringliche Anträge, drei davon werden noch kopiert, zwei dringliche Anfragen, fünf Anträge von Abgeordneten und zwei schriftliche Anfragen eingelangt.

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 353-1/27:
Dringlichkeitsantrag aller drei Fraktionen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Österreichische Bundesregierung zu ersuchen, Resolutionen an die Regierung von Frankreich zu übermitteln, in denen dieser Staat aufgefordert wird, von der geplanten Wiederaufnahme der Atomtests im Mururoa-Atoll Abstand zu nehmen.

Der dringliche Antrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Zur Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Schiller gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Vor wenigen Tagen haben wir den Medien entnommen, daß Frankreich beabsichtigt, was bereits 1966 begonnen wurde, am Mururoa-Atoll in der Südsee die Atomtests weiter fortzusetzen. Vor zwei Tagen hat es in Kärnten aufgrund einer Initiative des Kärntner Komitees gegen den atomaren Wahnsinn eine Protestkundgebung stattgefunden, bei welcher dem französischen Honorarkonsul in Kärnten, Herrn Hermann Hirsch, eine Protestnote übermittelt wurde. Ich habe mit der Frau Abgeordneten Trunk diesem Komitee versprochen, diese Initiative auch in den Kärntner Landtag weiterzutragen.

Ich bedanke mich heute bei allen Abgeordneten, daß wir hier einen Dringlichkeitsantrag verabschieden, der von höchstem öffentlichem Interesse ist. Wir drücken hiemit auch unsere Unterstützung für alle jene Menschen und Organisationen aus, die mit friedlichen Mitteln gegen diese überflüssige und zerstörerische Vorbereitung des Atomkrieges kämpfen.

Wenn man sich die Zahlen ansieht - ich entnehme das heute einem Wochenmagazin -, dann läuft es einem schon kalt über den Rücken, was Frankreich in den letzten Jahrzehnten im negativen Sinne angestellt hat: 180 Megatonnen nuklearen Sprengstoffs wurden in die Höhe gepulvert, 1400 Mal so viel wie die Hiroshimabombe. Ein Horrorszenario, gegen das sich Kärnten im Wege der Österreichischen Bundesregierung zur Wehr zu setzen hat. Heute feiert Frankreich seinen Nationalfeiertag, es hätte eigentlich guten Grund, diesen Nationalfeiertag als Stopp gegen die Atomtestversuche zu feiern. Wir fordern Frankreich auf, die atomare Bedrohungsspirale zu stoppen und statt gigantische Summen für zerstörerische Kriegstests zu verschwenden, dieses Geld für sinnvolle Projekte in den Entwicklungsländern zu verwenden, um endlich die wachsende Wohlstandskluft zwischen Erster und Dritter Welt zu schließen. Moralisch verwerflich ist nicht nur die bewußte Zerstörung von bewohnbaren Gebieten, sondern auch die Gefährdung menschlichen Lebens. Eine nutzbringende Sinnhaftigkeit derartiger Atomtests für die Menschheit ist bisher in keiner Weise nachgewiesen worden, das Gegenteil ist

der Fall. Ich habe Hiroshima und Nagasaki bereits zitiert.

Wir sollten darüber hinaus auch vor einer Politik des Einkaufswagerls nicht zurückschrecken. Wir haben in den letzten Wochen ein praktisches Beispiel am Boykott Europas gegenüber der Shell feststellen können, womit es auch der Öffentlichkeit gelungen ist, mit sehr starkem ökonomischem Druck eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Dieser ökonomische Druck wäre der nächste Schritt, wenn demokratische Spielregeln nicht ausreichen, Frankreich für einen Weg der Abkehr zu gewinnen. Die SPÖ wird diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. (*Beifall im Hause.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf die Ausführungen meines Vorredners im Namen des freiheitlichen Landtagsklubs nachdrücklich unterstreichen. Es ist einfach wichtig und richtig, daß wir uns ebenfalls in diese internationale Protestwelle einreihen, denn es geht hier auch um eine sehr konsequente Fortsetzung des bisherigen Weges in ganz Österreich, nämlich der Absage an die friedliche Nutzung der Atomkraft und auch darum, daß wir die Schließung von bestehenden AKWs betreiben, aber auch der Verhinderung künftiger AKWs das Wort reden.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir selbstverständlich nicht nur der Dringlichkeit, sondern auch dem Antrag selbst zustimmen werden. Im ganz Konkreten ist zu sagen, daß atomare Atomtests einfach unschätzbare Schäden für Mensch und Umwelt verursachen. Gerade dieses Mururoa-Atoll ist bereits eine riesige Müllhalde, die tausendmal mehr Radioaktivität aufweist, als diese bei Tschernobyl frei geworden ist. Diesen Zustand durch die Wiederaufnahme der Tests zu verschlimmern, ist einfach kriminell. Ich schließe mit den Worten aus einer Greenpeace-Mitteilung, wobei ich hinzufüge, daß ich persönlich gerade für die Tätigkeit dieser Aktivisten eine sehr hohe Wertschätzung empfinde: Entweder wir gewinnen und bewahren die Umwelt oder nicht, da gibt es nichts zu diskutieren. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Heute an Frankreichs Nationalfeiertag wird, wie Sie gehört haben, dieser Feiertag mit der größten Militärparade begangen werden, die Frankreich je gesehen hat. Die Begleitmusik zu diesem Nationalfeiertag ist allerdings durch massivste internationale Proteste gekennzeichnet, da Frankreich wieder im Begriffe ist, seine Atomversuche am Mururoa-Atoll aufzunehmen.

Es kann nicht Sinn in der heutigen Politik sein, daß man nur dann als Grand Nation in Europa dasteht, wenn man seine Atomversuche, die man kurzfristig unterbrochen hat, zum Schaden der pazifischen Bevölkerung und zum Schaden Polynesiens wieder aufnimmt. Daher wird auch die ÖVP diesem dringlichen Antrag die Zustimmung erteilen, selbstverständlich die Dringlichkeit und auch den Antrag an die Bundesregierung unterstützen, massiv bei Frankreich Protest einzulegen, diese Versuche nicht wieder aufzunehmen. Ich danke. *(Beifall im Hause.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegt keine Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. Ich bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist einstimmig so erfolgt. Zum Antrag selbst hat sich Frau Landesrätin Sickl zu Wort gemeldet; ich erteile es ihr.

Landesrätin **Dr. Sickl** (F):

Ich möchte dem Kärntner Landtag aufrichtig danken, daß er diesen Dringlichkeitsantrag einstimmig abgestimmt hat. Ich stehe voll als Vertreter der Regierung unseres Landes, weil ich es für unabdingbar halte, daß das höchste Gesetzgebungsgremium unseres Landes, der Landtag, eine Willenserklärung in Richtung ausdrückliches Nein zu Atomtests in der Zukunft auf der ganzen Welt setzt. Wir müssen uns, wie es meine Vorredner gesagt haben, klar machen, daß die friedliche Kernenergienutzung und die Atomwaffen siamesische Zwillinge sind,

die unabdingbar miteinander verbunden sind und daher ist diese Entscheidung eine richtige. Ich verspreche, daß ich mich intensiv einsetzen werde in Auftrag unserer Kärntner Landesregierung für die Geltendmachung unserer so starken und berechtigten Bedenken. *(Beifall im Hause.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Landesregierung wird aufgefordert, die österreichische Bundesregierung zu ersuchen, Resolutionen an die Regierung von Frankreich zu übermitteln, in denen dieser Staat aufgefordert wird, von der geplanten Wiederaufnahme der Atomtests im Mururoa-Atoll Abstand zu nehmen.

Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so erfolgt.

Ich bitte den Landtagsdirektor weiter zu berichten.

Direktor **Dr. Putz**:

2. Ldtgs.Zl. 117-4/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten aller drei Fraktionen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß diese, wie in den vergangenen Jubiläumsjahren erfolgt, eine der Bedeutung dieses Jahrestages entsprechende Bundesabstimmungs-spende zur Verfügung stellt.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Danke, zur Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Schretter gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Schretter** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat in einer der letzten Sitzungen der Regierung berichtet, daß er in Wien die Möglichkeit wahrgenommen hat, mit dem neuen Finanzminister Dr. Staribacher über die Abstimmungsspende für das Land Kärnten anlässlich der 75. Wiederkehr der Volksabstimmung ein Gespräch zu führen. Bis heute haben wir weder vom Bund noch vom Finanzminister ein positives Signal in der Richtung erhalten, daß der Bund signalisiert hätte, die in der letzten Zeit bei Jubiläen dem Land Kärnten von Seiten des Bundes eine Abstimmungsspende zur Verfügung zu stellen. Nachdem heute der Hohe Landtag die letzte Sitzung im Frühjahr abhält und vor dem 10. Oktober nur eine Sitzung stattfindet und dies terminlich aber zu knapp wäre, haben heute alle drei im Kärntner Landtag vertretenen Parteien einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, daß der Bund aufgefordert wird, auch im Jubiläumsjahr 1995 dem Land Kärnten eine Abstimmungsspende, wie in den vergangenen Jubiläumsjahren zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube, für die Bundesregierung ist es eine Verpflichtung, dem Land eine Abstimmungsspende zur Verfügung zu stellen, weil damals vor 75 Jahren die Menschen und das Land für Kärnten und somit für die junge Republik Österreich eine große Leistung erbracht hatten, nämlich bei der ersten demokratischen Volksabstimmung einen Entscheid für Kärnten und die junge Republik Österreich herbeizuführen. Der Bund hat damals in vielen Schreiben und Feststellungen signalisiert, daß er den Kärntnerinnen und Kärntnern, dem Land Kärnten, diese Entscheidung immer wieder honorieren wird und diese Entscheidungen den Menschen und dem Land nie vergessen wird. Ich glaube, aus dieser Verantwortung und aus diesem Versprechen sollte man den Bund nicht entlassen und ich glaube, daß dieser heutige

Antrag eine Unterstützung der Bemühungen des Landeshauptmannes ist, vom Bund Mittel für das Land Kärnten zu erreichen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf im wesentlichen den Worten meines Vorredners anschließen und festhalten, daß wir selbstverständlich der Dringlichkeit dieses Antrages und dem Inhalt unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Traußnig.)* Ich würde bitten, noch ein wenig zu warten, ich muß noch ein paar Worte dazu sagen. Ich glaube, daß der 10. Oktober, nicht nur für unsere engere Heimat Kärnten, sondern auch, wenn ich das so zum Ausdruck bringen darf, für unsere größere Heimat Österreich ein ganz wichtiges historisches Datum ist. Nicht nur deshalb, was heute schon gesagt wurde, daß erstmals das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht wurde, hervorgerufen, auch das ist hier festzuhalten, durch einen unvergleichlichen Einsatz der Kärntnerinnen und Kärntner im Kärntner Abwehrkampf. Zum zweiten daß zu einem Zeitpunkt ein Bekenntnis zu unserem Land abgegeben wurde, als die wenigsten oder viele keinen Pfifferling für die Existenz dieses Staates gegeben haben, daß an seine wirtschaftliche Fähigkeit nicht geglaubt wurde und daß es eine Reihe von Tendenzen gegeben hat zur Abspaltung von diesem Staat.

Daher wurde mit dieser Kärntner Volksabstimmung ein wichtiges Fundament für die Republik Österreich gelegt, weil damit der Glauben an diesen Staat durch die Kärntnerinnen und Kärntner an die Lebensfähigkeit dokumentiert wurde. Ich möchte der Ordnung halber nur noch anfügen, daß dieses Hohe Haus bereits am 13. 10. des vergangenen Jahres einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, der auch das Land auffordert, eine Abstimmungsspende anlässlich der 75. Wiederkehr der Volksabstimmung vorzusehen. Ich darf noch einmal sagen, daß wir selbstverständlich der Dringlichkeit und dem Inhalt unsere Zustimmung erteilen. Danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.)*

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich sehe diesen Antrag als Aufforderung an den Bund, eines Ereignisses in Form einer Anerkennung zu gedenken. Ich sehe dies nicht so sehr von der materiellen Bedeutung des Antrages her sondern als Signal der Zentralregierung, wenn Sie so wollen, an das Land Kärnten als kleine Dankbarkeit an diesen 10. Oktober 1920 und nicht so sehr vom Betrag her. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen und unterstützt auch vollinhaltlich dessen Inhalt. Danke. *(Beifall im Hause.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer für die Dringlichkeit ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist einstimmig so erfolgt. Ich komme zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrages, nachdem keine Wortmeldung zum Antrag selbst mehr vorliegt.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß diese, wie in den vergangenen Jubiläumsjahren erfolgt, eine der Bedeutung dieses Jahrestages entsprechende Bundesabstimmungs- spende zur Verfügung stellt.

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist einstimmig so erfolgt.

Ich bitte weiter zu berichten.

Direktor **Dr. Putz**:

3. Ldtgs.Zl. 362-1/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß dem Abschluß eines Assoziierungsab-

kommens der Europäischen Union mit der Republik Slowenien solange die Zustimmung verwehrt wird, bis den Altösterreichern deutscher Muttersprache in Slowenien die ihnen zustehenden Volksgruppenrechte - gleich den anderen ethnischen Minderheiten im Lande - gewährt worden sind.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Dr. Strutz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Mit der Schaffung der Republik Slowenien ist der langegehegte Wunsch des slowenischen Volkes nach staatlicher Unabhängigkeit in Erfüllung gegangen. Österreich hat diesen Weg nach besten Kräften unterstützt und gerade unser Bundesland hat massiv durch Beschlüsse des Landtages Anteil daran gehabt und geht davon aus, daß die Republik Slowenien einen Garanten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschen und Minderheitenrechte in ihren Grenzen darstellt. Allerdings, Hoher Landtag, sind in Slowenien nachwievor diskriminierende Bestimmungen, die sogenannten AVNOJ-Bestimmungen in Kraft, sodaß auch 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges menschen- und völkerrechtswidrige Situation, die sie bedeuten, weiter bestehen.

Diese Bestimmungen umfassen insbesondere die Beschlüsse von Jajace vom 29. November 1943 und von Belgrad vom November 1944. Diese Beschlüsse wurden in wesentlichen Teilen durch die Gesetze des demokratischen föderativen Jugoslawiens über die Enteignung aus dem Feber 1945 sowie über die Staatsbürgerschaft vom 1. Juli 1946 übernommen. Durch diese Bestimmungen, Hoher Landtag, wurden allen im ehemaligen Jugoslawien lebenden Personen deutscher Muttersprache nicht nur die jugoslawische Staatsbürgerschaft entzogen, sie

Dr. Strutz

wurden überhaupt sämtlicher Rechte, welcher Art immer, beraubt, sie waren praktisch vogelfrei. Selbstverständlich beinhalten diese auch die entschädigungslosen Enteignungen hinsichtlich ihres gesamten Vermögens. Im Europa unserer Tage, das sich zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennt, kann wohl von allen Staaten als selbstverständlich erwartet werden, daß sämtliche in ihren Grenzen lebende ethischen Minderheiten und ihre Angehörigen in jeder Richtung frei zum Ausdruck bringen können, bewahren und weiterentwickeln dürfen.

Das ist in der Republik Slowenien bisher nicht der Fall. Ihre Verfassung erkennt zwar die Volksgruppen der Italiener und der Ungarn, im eingeschränkten Maße auch der Roma und der Sinti an, nicht jedoch die diesen ethnischen Minderheiten an Zahl nicht nachstehende Volksgruppe der Altösterreicher deutscher Muttersprache. Dies nicht zuletzt auf Basis der von mir genannten Bestimmungen. In diesem Zusammenhang muß gerade für Österreich die Anerkennung auch der Altösterreicher deutscher Muttersprache in Slowenien als Volksgruppe in politischem aber auch im rechtlichen Sinne Voraussetzung für das von der Republik Slowenien angestrebte Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union sein. Aus diesen Überlegungen ersuchen wir, die Landesregierung tätig zu werden.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wird auch damit begründet, daß die Verhandlungen von Seiten der Europäischen Union mit Slowenien jetzt kurz vor dem Abschluß stehen und wir die Möglichkeit haben, mit einem Einspruch Österreichs ein gewisses Druckmittel gegenüber unserem Nachbarstaat in Bewegung zu setzen, damit endlich die Altösterreicher in Slowenien und die Rechte dieser Minderheit auch gewährt und anerkannt werden. Ich ersuche und lade die Vertreter der beiden anderen Fraktionen ein, diesen Antrag zu unterstützen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegt keine Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. - Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung

gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist nicht die nötige 2/3-Mehrheit und somit wird dieser Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuß zugewiesen.

Ich bitte den Landtagsdirektor weiter zu berichten.

Direktor **Dr. Putz**:

4. Ldtgs.Zl. 316-2/27:**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten des F-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend Verhandlungen mit dem Bund, der Arbeiterkammer, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und Vertreter des "Konsum" mit dem Ziel zu führen, Maßnahmen einzuleiten, um jenen Arbeitnehmern, welche durch den Ausgleich des Konsum Österreich ihren Arbeitsplatz verlieren, eine schnellstmögliche Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu ermöglichen sowie
2. die Nahversorgung durch bestmögliche Förderungsmaßnahmen sicherzustellen.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Ing. Pfeifenberger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Dieser Antrag betrifft den Konsum in der jetzt stattfindenden Endphase, und zwar wird es in ca. 2 Monaten keinen Konsum mehr geben. Die Übernahme durch die Käufer, sprich Handelsketten, ist bereits fixiert und es wird mit 1.10. die Übernahme stattfinden. Es wird der Verkauf aller Standorte vollzogen, d.h. es werden auch jene verkauft, die nicht mehr weitergeführt werden. Es werden laut

Ing. Pfeifenberger

meinen Auskünften nur jene weitergeführt, die sich wahrscheinlich wirtschaftlich rechnen.

Es wird deshalb zu einer Schließung von einigen, nicht wenigen Standorten kommen, d. h. es wird auch jene Standorte betreffen, die in puncto Doppelstandort (oder wo eine Handelskette bereits einen Standort hat) auch nicht möglich sein, diese Konsum-Filiale weiterzuführen. Es wird deshalb auch eine größere Anzahl von Mitarbeitern freigesetzt werden, weil in diesen verbleibenden Geschäften langjährige Mitarbeiter vorhanden sind, die sehr hohe Kosten verursachen. Wie man weiß, wird man natürlich auch versuchen, diese höherbezahlten Mitarbeiter zu kündigen. Es wird aber darüber hinaus - und das ist vor allem wichtig - in den Zulieferbetrieben eine Konkurs- und Pleitewelle einherziehen, die ein gewaltiges Ausmaß haben wird. Es ist nämlich so, daß die Ausgleichsquote absolut nur 40 % beträgt. Nur eine Konsumtochter, die KMW (die Konsum-Migros-Warenhandelsgesellschaft), wird mit 55 % ihrer Forderungen abgegolten, d. h. die Banken übernehmen die 55 % dieser aushaftenden Forderungen. Der Rest aller Konsumtöchter wird mit 40 % Ausgleichsquote belegt. Das heißt, alle Zulieferbetriebe bekommen letztlich nur eine Ausgleichsquote von 40 %. Es wird daher eine Reihe von Konkurs- und Anschlußausgleichsverfahren geben.

Es sind deshalb alle aufgefordert, vor allem auch die Sozialdemokraten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Unserem Vorschlag und Antrag, eine Konsumlösung in Kärnten zu bewirken, wo eigentlich sehr viele Synergieeffekte hätten stattfinden können, wurde keine Zustimmung gegeben. Es war weiterhin auch sichergestellt, daß dieser Konsum-Kärnten in der Form weiterzuführen gewesen wäre, weil er über viele Jahre auch operativ ein positives Ergebnis geliefert hat, wo Sie aber auch nicht bereit waren, dieser Strategie beizutreten. Es ist darüber hinaus auch ein Problem, daß jetzt eine Milliarde Schilling für Sonderverträge herangezogen wird, um diese zirka 160 leitenden Angestellten abzugelten, d. h. die Verträge, die diese leitenden Angestellten mit dem Konsum abgeschlossen haben, müssen exekutiert werden. Das heißt, eine Milliarde Schilling wird aufgewendet, um 160 Mitarbeiter

(leitende Angestellte) zu befriedigen. Auf der anderen Seite kündigt man Tausende von Mitarbeitern, die keinen Arbeitsplatz haben, die aber auch kein Einkommen haben. Deshalb muß ich sagen, daß hier auch die Gewerkschaft aufgefordert wäre und auch die Arbeiterkammer und alle diese Institutionen, diesem Antrag zuzustimmen, wobei in erster Linie eine schnellstmögliche Wiedereingliederung solcher Mitarbeiter stattfinden könnte und vor allem die Nahversorgung dieser geschlossenen Filialen z. B. in entlegenen Orten auch in weiterer Zukunft gesichert wäre.

Wir wollen, daß der Konsum nicht so ad acta gelegt wird, wie das z. B. die Gewerkschaft tut, die heute noch immer behauptet, daß sie eigentlich mit dem Konsum nie etwas zu tun gehabt hat und hätte und eigentlich dafür überhaupt keine Verantwortung übernehmen will. Ich ersuche Sie im Namen der Mitarbeiter, hier diesem Antrag zuzustimmen und diese Möglichkeiten im Lande Kärnten auszuschöpfen! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(Vors. 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Als nächster hat sich Abgeordneter Koncilia zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!*)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Tragik, die alle Mitarbeiter betrifft, die in dieser großen Genossenschaft bisher tätig waren, ist uns allen leider bekannt, und sie ist gegeben. Einen Dringlichkeitsantrag aber zu beschließen, der lautet, eine schnellstmögliche Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu ermöglichen, ist ein "Luftbeschluß". Denn dasselbe gilt natürlich für jeden Dienstnehmer, der von einer solchen Tragik betroffen ist. Ich darf Ihnen nur aus meinem eigenen Bereich, aus der Bezirksstelle der Arbeiterkammer in Villach, etwas sagen. Wir haben in den letzten zwei Jahren zwei große Elektronunternehmen mit 80 und mit 50 Dienstnehmern gehabt, die in Insolvenz waren. Diese Dienstnehmer warten genauso auf die Unterstützung aller, um sie in den Arbeitsprozeß wiederinzugliedern, wie selbstverständlich auch die Mitarbeiter des Konsums.

Koncilien

Hier wird ein reiner "Luftbeschluß" gefaßt, der niemandem im einzelnen hilft, der aber den Eindruck erweckt, daß ein Dienstnehmer mehr wert ist als der andere. Daher, glaube ich, kann die Dringlichkeit in diesem Falle nicht zuerkannt werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Vors. 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Abgeordneter Dr. Hofer hat sich zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Wir haben vor rund zwei Monaten hier einen Antrag aufgrund der Situation beim Konsum beschlossen. Dieser Antrag mag damals angesichts der großen Unsicherheit und der Ungewißheit, wie es weitergeht, seine Berechtigung gehabt haben. Es hat dann in Bearbeitung dieses Antrages einige Ausschußsitzungen und auch einige Sitzungen außerhalb des Ausschusses gegeben.

Ich darf festhalten, daß dieser Antrag in der Öffentlichkeit vor allem bei den Betroffenen Erwartungen geweckt hat, die sich dann natürlich in keiner Weise erfüllt haben. Ich habe diesbezüglich von den Betroffenen auch Vorwürfe geerntet, warum die Landespolitik hier einsteigt, diese Erwartungen weckt - aber zu guter Letzt kommt nichts heraus.

Ich bin der Auffassung, daß ein derartiger Antrag wiederum solche Erwartungen weckt. Wir werden daher der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zu.

Ich bitte den Herrn Landtagsdirektor, weiter zu berichten!

Direktor **Dr. Putz**:

5. Ldtgs.Zl. 359-2/27:**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten des F-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Posten eines Fachbearbeiters für Spezialprojekte der Landesamtsdirektion zur Koordinierung Kärntner Vorhaben mit der Bundesregierung und der EU öffentlich auszuschreiben und nach einem Objektivierungsverfahren zu besetzen.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Zur Dringlichkeit hat sich Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Den Kärntner Medien ist zu entnehmen, daß das Amt der Kärntner Landesregierung - trotz der Ankündigung, im Bereich der öffentlichen Verwaltungen Dienstposten einzusparen - eine zusätzliche wichtige Dienststelle bekommen hat, nämlich jene eines Fachbearbeiters für Spezialprojekte der Landesamtsdirektion. Aufgabengebiet soll hier eine sicherlich sehr wichtige und notwendige Arbeit sein, nämlich jene, die Anliegen Kärntens und die Vorhaben Kärntens mit der Bundesregierung, aber auch mit der Europäischen Union zu koordinieren. Den Medien ist zu entnehmen, daß für diese Funktion bereits ein geeigneter Mann gefunden wurde, nämlich der Klubobmann der Sozialdemokratischen Fraktion, der - wenn man dem Medienbericht Glauben schenkt - bereits am 7. Juni seine Arbeit aufgenommen und der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, daß er diese Aufgabe aufgrund auch seiner politischen Verpflichtungen im Landtag nicht im gesamten Ausmaße erfüllen wird können, sondern nur drei

Dr. Strutz

Viertel der Zeit sozusagen für diese wichtige Funktion zur Verfügung steht.

Wir glauben, daß dieser Posten tatsächlich wichtig und notwendig ist. Gerade aufgrund dieser Überlegung sind wir der Meinung, daß diese Spitzenfunktion im Bereich des Amtes der Kärntner Landesregierung ausgeschrieben gehört, aber auch einem Objektivierungsverfahren unterzogen werden sollte. Aus diesem Grund haben wir diesen Dringlichkeitsantrag hier eingebracht. Die Dringlichkeit wird damit begründet, nachdem bereits in den Medien die Postenvergabe veröffentlicht wird. Ich ersuche die Vertreter von SPÖ und ÖVP - auch wenn ich nicht ganz daran glaube -, diesem Antrag näher zu treten und ihn zu unterstützen! (*Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig: Vielleicht doch!*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegen keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Die Dringlichkeit ist somit gegeben! Ich darf festhalten: Es haben nicht alle aufgezeigt. - (*Einige Abgeordnete stimmen noch zu.*) Es stimmen also alle der Dringlichkeit zu. Ich darf die Abgeordneten Damen und Herren bitten, deutliche Zeichen zu geben! Ich habe sehr wohl genau geschaut.

Somit kommt der Antrag zur Abstimmung. Es liegt keine Wortmeldung zum Antrag selbst vor. Ich möchte den Antrag noch einmal vorlesen: (*LH Dr. Zernatto: Darf ich mich dann melden? - Abg. Dr. Hofer: Bei der Anfrage!*)

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Posten eines Fachbearbeiters für Spezialprojekte der Landesamtsdirektion zur Koordinierung Kärntner Vorhaben mit der Bundesregierung und der EU öffentlich auszuschreiben und nach einem Objektivierungsverfahren zu besetzen.

Wer für diesen Antrag stimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Dieser Antrag ist in der Minderheit geblieben und somit abgelehnt. (*Abg. Dr. Strutz: Ein Begräbnis 1. Klasse ist das!*)

Ich bitte den Landtagsdirektor, weiter zu berichten!

Direktor **Dr. Putz**:

B. Dringlichkeitsanfragen:

1. Ldtgs.Zl. 356-1/27:

Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten des F-Klubs an Landeshauptmann Dr. Zernatto mit folgendem Wortlaut:

Wie stehen Sie zum Kommentar von Feliks J. Bister, dokumentiert vom Landespressebüro, in dem Slowenenvertreter unkommentiert im Zusammenhang mit unserer Staatsgrenze behaupten: "Obwohl die ethnische Grenze diesmal nicht erreicht wurde, ist das kein Grund, das Programm vom Vereinten Slowenien aufzugeben, das uns bereits über 150 Jahre lang begleitet. Die Geschichte ist noch nicht beendet."?

Die dringliche Anfrage weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit der Anfrage. Wer für die Dringlichkeit ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist einstimmig so beschlossen!

Zur Dringlichkeit hat sich Klubobmann Dr. Strutz gemeldet.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! In einer Mitteilung des Landespressebüros wird hier ein Kommentar des Leiters des Südostbüros in Laibach veröffentlicht, der in der Zeitschrift "Nedelja" am 9. Juli unter anderem Aussagen unkommentiert wiedergibt, die Slowenenvertreter in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Nordgrenze Sloweniens

Dr. Strutz

(also unsere Südgrenze) in der Öffentlichkeit abgegeben haben. Unter anderem ist hier Franz Rode, der Vertreter Sloweniens im Vatikan, zitiert. Er ist Sekretär beim Päpstlichen Rat für den Dialog mit Nichtgläubigen. Er hat unter anderem im Zusammenhang mit dem politischen Programm Sloweniens erklärt, und ich zitiere jetzt wörtlich aus diesem Bericht: "Es stimmt, daß unsere Nordgrenze", also die Grenze zu Kärnten "dieselbe geblieben ist. Es haben sich aber die westlichen und durch den Anschluß eines größeren Teils des Küstenlandes an der slowenischen Nationale Territorienengrenzen grundlegend geändert." Und weiter: "Obwohl die ethnische Grenze diesmal nicht erreicht wurde, ist das kein Grund, das Programm vom Vereinten Slowenien aufzugeben, das uns bereits über 150 Jahre lang begleitet. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende."

Es werden in diesem Kommentar von Bister noch weitere Äußerungen im Zusammenhang mit einer Erweiterung des Kultur- und Minderheitengebietes Sloweniens angegeben. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß dieser Leiter des Südostbüros diese Aussagen unkommentiert weitergegeben hat. Er ist ein offizieller Beamter der Bundesregierung, entsandt von der Bundesregierung. *(LH Dr. Zernatto: Dazu muß ich etwas sagen!)* Herr Landeshauptmann, Sie werden das dann mit Sicherheit aufklären können. *(3. Präs. Dkfm. Scheucher: Das ist nicht kritiklos entgegenzunehmen!)* Ich glaube trotzdem, auch wenn derartige Kommentare im Amt der Kärntner Landesregierung und im Bereich der Landesamtsdirektion im Pressebüro bekannt sind, sollten derartige Äußerungen nicht unkommentiert von seiten der Spitze unseres Landes bleiben.

Deshalb die Anfrage an Sie, Herr Landeshauptmann, wie Sie zu diesem Kommentar von Feliks Bister stehen. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es ist keine weitere Wortmeldung mehr vorliegend. Ich frage den Herrn Landeshauptmann, ob er diese Anfrage gleich beantworten möchte.

(LH Dr. Zernatto: Jawohl!) Dann erteile ich ihm das Wort.

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich nehme diese Anfrage durchaus ernst, weil die Aussage, die hier zitiert ist und die von Franz Rode stammt, der als Sekretär beim Päpstlichen Rat für den Dialog mit Nichtgläubigen tätig ist, zweifellos ernst zu nehmen ist. Aber, sie ist eben nicht unkommentiert geblieben, sondern im Gegenteil: Feliks Bister hat in seiner Funktion als Leiter des Osteuropabüros in Laibach diese Aussage kommentiert und hat in diesem Kommentar wörtlich unter anderem bemerkt:

Es gibt aber "Erwägungen", die sich auf diese Aussage beziehen, die nicht kritiklos bleiben dürfen. Diesem Kommentar von Felix Bister schließe ich mich durchaus an. Es darf nicht kritiklos bleiben, wenn zwar von aus meiner Sicht eher unbedeutenden Repräsentanten, die im Vatikan als Sekretäre tätig sind, Aussagen wie die von Ihnen zitierte und von Franz Rode gemachte den Weg in die Öffentlichkeit finden. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir gerade im Rahmen der Beobachtung ausländischer und insbesondere slowenischer Medien durch den Kärntner Landespressdienst solche Dinge aufzeigen, damit auch der Öffentlichkeit zugänglich machen und dafür Sorge tragen, daß durchaus sehr verantwortungsbewußt auf dieses Thema bezogen mit der entsprechenden Vorsicht diese Dinge registriert und mit unserem Außenamt die entsprechenden Kontakte gepflogen werden und darauf hingewiesen wird, daß es letztlich in der Verfassung der Republik Slowenien - und das ist für uns das Entscheidende - eindeutig festgeschrieben ist, daß die Nordgrenze als unantastbar zu bezeichnen ist und jedenfalls von offizieller Seite Sloweniens weder Äußerungen bekannt sind noch das geringste Interesse besteht, an dieser Vorgangsweise etwas zu verändern. Noch einmal dazu: Das ist eben nicht unkommentiert geblieben, sondern wurde gerade in Wahrnehmung seiner Dienstpflicht von Felix Bister sehr wohl bemerkt und auch kommentiert. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Dringlichkeitsanfrage erledigt. Ich bitte über den weiteren Einlauf zu berichten.

Direktor **Dr. Putz**:

2. Ldtgs.Zl. 357-1/27:
Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten des F-Klubs an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler mit folgendem Wortlaut:

Haben Sie als Kulturreferent des Landes Kärnten der ARGE Kärnten 1995 aus Ihrem Ressort finanzielle Mittel für Alternativveranstaltungen zum 10. Oktober 1998 zur Verfügung gestellt bzw. werden Sie solche zur Verfügung stellen?

Die dringliche Anfrage weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit und somit wird diese Anfrage schriftlich an den Referenten herangetragen. Ich bitte den Herrn Landtagsamtsdirektor, weiter zu berichten.

Direktor **Dr. Putz**:

3. Ldtgs.Zl. 359-1/27:
Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten des F-Klubs an Landeshauptmann Dr. Zernatto mit folgendem Wortlaut:

Werden Sie den Posten eines Fachbearbeiters für Spezialprojekte der Landesamtsdirektion zur Koordinierung der Vorhaben mit der Bundesre-

gierung und der EU ausschreiben und einem Objektivierungsverfahren unterziehen?

Die dringliche Anfrage weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich lasse über die Dringlichkeit dieser Anfrage abstimmen. Wer dafür ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist einstimmig so erfolgt. Zur Begründung der Dringlichkeit bitte ich Herrn Klubobmann Dr. Strutz.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die gegenständliche Dringlichkeitsanfrage bezieht sich auf den Fall, den ich im Zusammenhang mit unserem Dringlichkeitsantrag hier bereits referiert habe. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, uns darüber Auskunft zu geben, inwieweit einerseits diese Postenvergabe bereits fixiert wurde, wie er persönlich mit der Auswahl der betreffenden Person im Rahmen dieser Tätigkeit, die zeitlich ja nur befristet ausgeübt werden kann, zufrieden sein wird und ob er bereit ist, diese Postenvergabe einer Ausschreibung zu unterziehen und andererseits im Rahmen eines objektiven Verfahrens abzuwickeln.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es ist keine weitere Wortmeldung vorhanden. Ich frage den Herrn Landeshauptmann, ob er die Frage gleich beantworten möchte. (*LH Dr. Zernatto: Jawohl!*) Dann erteile ich ihm das Wort.

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezugnehmend auf diese Anfrage möchte ich ein paar Vorbemerkungen treffen: In Amerika hat zur Zeit ein Buch, das sich "The death of human sence" nennt, Höchstaufgezahlen. Auf Deutsch übersetzt heißt das, der Tod des gesunden Hausverstandes.

Dr. Zernatto

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der Kollege Dr. Ambrozy aufgrund der rechtlichen Situation ein Rückkehrrecht in die öffentliche Verwaltung des Landes Kärnten hat. Auch wenn das vielleicht für manche nicht ganz nachvollziehbar ist, habe ich mir darüber den Kopf zerbrochen, in welcher Form eine solche Rückkehr am sinnvollsten möglich sein könnte. Ich habe auch darüber nachgedacht, in welchem Bereich der Kärntner Landesregierung für Dr. Ambrozy eine sinnvolle und seinen Fähigkeiten optimal entsprechende Position vorhanden wäre. Aufgrund seines Dienstalters und aufgrund des bisherigen Verlaufes seiner Dienstkarriere wäre nach meiner bescheidenen Ansicht zumindest die Position eines Abteilungsleiters sinnvoll gewesen. Nachdem eine solche Position zur Zeit nicht zur Verfügung steht und daher weder ausgeschrieben noch objektiviert werden kann, habe ich ohne Ausschreibung und ohne Objektivierung - und ich habe auch nicht die Absicht, so etwas voranzustellen - Dr. Ambrozy ersucht, im Rahmen der Landesamtsdirektion seine vielfältigen Erfahrungen, die er sich im Laufe seiner Beamtenlaufbahn, aber auch seiner politischen Tätigkeit erworben hat, im Dienste des Landes Kärnten so gut als nur möglich zum Einsatz zu bringen. Daher wird es diese Stabstelle in der Landesamtsdirektion geben. Nachdem ich gerade aufgrund der vorhandenen Fähigkeiten und Voraussetzungen Dr. Ambrozys diese Position schaffen wollte, habe ich nicht die Absicht, hier eine Objektivierung durchzuführen, sondern ich bin davon überzeugt, daß damit auch für den Kärntner Landtag eine besonders positive Situation entsteht, daß damit ein wesentliches Mitglied dieses Hauses auch die Möglichkeit hat, entsprechende Aufträge, die immer wieder vor allem in Hinblick auf die Bundesregierung, aber auch auf unsere neuen europäischen Partner erteilt werden, mit dem entsprechenden Nachdruck und Fachwissen zu unterstützen.

Daher konkret die Antwort auf Ihre Anfrage: Ich habe nicht vor, diese Position auszuschreiben und diese Position zu objektivieren, weil ich sie objektiv nach allen Kriterien der Sinnhaftigkeit bereits besetzt habe. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F)**:

Danke. Damit ist diese dringliche Anfrage erledigt. Ich bitte den Landtagsamtsdirektor, weiter zu berichten.

Direktor **Dr. Putz**:

C. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 352-1/27:

Antrag der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Ing. Rohr, Ferlitsch und Ing. Wissounig mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, basierend auf das Tierseuchengesetz die Teilregelungen zu schaffen, damit eine seuchensichere Verwertung von gewerblichen Küchenabfällen erfolgt.

Zuweisung: **Land- und Forstwirtschaftsausschuß**

2. Ldtgs.Zl. 354-1/27:

Antrag der Abgeordneten des FKlubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Entwurf eines Gesetzes für die Schaffung einer Landeshaushaltsordnung vorzulegen.

Zuweisung: **Finanz- und Wirtschaftsausschuß**

3. Ldtgs.Zl. 355-1/27:

Antrag der Abgeordneten des FKlubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß die dringend erforderliche Erweiterung des Bettenstandes der geburtengynäkologischen Abteilung im Krankenhaus Spittal an der Drau von derzeit 25 Betten auf mindestens 40 Betten rasch erfolgen kann.

Dr. Putz

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

4. Ldtgs.Zl. 358-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ein Tourismusabgabenmodell vorzulegen, wonach anstelle der jetzigen drei Abgaben (Fremdenverkehrsabgabe, Ortstaxe, Nächtigungstaxe) eine einheitliche umsatzbezogene Tourismusabgabe eingeführt werden kann.

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

D. Anfragen von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 360-1/27:

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Herbrich und Bergmann betreffend die Autobahnabfahrt Treffen an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser

2. Ldtgs.Zl. 361-1/27:

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Hofer, Dkfm. Scheucher und Mag. Grilc betreffend den Baufortschritt der Nordumfahrung Klagenfurt an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser

Der Herr Präsident wird beide Anfragen geschäftsordnungsgemäß schriftlich dem befragten Regierungsmitglied mitteilen.

Soweit der Einlauf der heutigen Landtagssitzung.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F)**:

Hohes Haus! Sehr geehrte Abgeordnete! Somit ist die Tagesordnung der 25. Sitzung des Kärntner Landtages erfüllt. Ich danke Ihnen für die Mitwirkung, daß wir diese Tagesordnung so zügig zu Ende führen konnten.

Bevor wir in die Sommerpause entlassen werden, zumindestens was das Sitzungsszenario betrifft, möchte ich Ihnen abschließend doch noch einmal dafür danken, daß die Beratungen der letzten Sitzungen, insbesondere in jener Zeit, in der ich die Ehre habe, teilweise auch dem Landtag vorzusitzen, von großer Sachlichkeit geprägt waren. Ich darf auch die Bemühungen der Abgeordneten erwähnen, daß sie an der Lösung der Probleme sehr interessiert waren. Es hat auch heute wiederum ein Beispiel dafür gegeben.

Ich darf mitteilen, daß Herr Präsident Unterrieder ausrichten läßt, daß er nicht mehr zeitgerecht zum Abschluß dieser Landtagssitzung zu uns kommen konnte. Er hat mich gebeten, in seinem Namen, ich darf aber auch den Dritten Präsidenten und mich mit einschließen, Ihnen allen für die nächsten Wochen ein schönes und erholsames Sommererlebnis zu wünschen, daß Sie sich gut erholen und neue Kräfte tanken, damit wir im Herbst gestärkt in eine neue Periode eintreten. In diesem Sinne Ihnen allen alles Gute für die nächsten Wochen, bleiben Sie gesund. Ich schließe damit die 25. Sitzung des Kärntner Landtages. *(Beifall im Hause.)*

Ende der Sitzung: 14.27 Uhr